

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 312 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 5/2021 VOM 27. APRIL 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **So oder ganz anders**  
»Geschenk« für neuen Bürgermeister

9 | **BAMF: Recht und Gesetz gelten nur eingeschränkt**  
Anmerkungen zu Marietta Böttger

12 | **Den ganzen Staatsplunder von sich abtun**  
150 Jahre Pariser Kommune

## Baufeld 4

*Hier sind sie durchgegangen  
im Auftrag der  
Klimaretter und Heilsbringer, der Bringer des Lichts  
die Auftragnehmer von 50 Hertz  
um Baufreiheit zu schaffen  
hier haben sie ihre Harvester losgelassen  
den Wald niedergelegt  
die Bäume entastet  
auf Transportlänge eingekürzt  
das Astwerk geschreddert  
die gestapelten Stämme  
liegen am Wegesrand zum Abtransport bereit  
das Baufeld ist frei.*

*Im Morgengrauen sind sie ratternd angerückt  
die Transportkolonnen und haben  
die Feldwege mit Stahlplatten belegt  
die Landschaft gepanzert  
damit schweres Gerät gefahrlos an die  
exakt eingemessenen Maststandorte herangebracht werden kann  
Materiallager angelegt  
Baugruben rasch ausgehoben  
Stahlbetonfundamente gegossen  
und die Masten montiert  
schon stehen die ersten ohne Isolatoren und Beseilung  
und überragen wie eine absurde Mahnung vor der  
hybriden Technologiegläubigkeit  
die Bestandsleitung.*

*Andernorts liegen die  
vormontierten Teile am einbetonierten  
Maststumpf  
wie gefällte Saurier einer Fantasieproduktion aus Hollywood  
und warten darauf  
Schuß für Schuß  
montiert zu werden  
zu voller Höhe  
der Montagekran steht schon bereit.*

*Die Zeit drängt  
die Masten müssen stehen  
vollendete Tatsachen geschaffen  
bevor der Vogelzug kommt  
oder das Gericht  
im Eilverfahren einen Baustopp verhängt  
bis über die anhängige Klage  
endgültig entschieden ist.*

HARTMUT LINDNER

50 Hertz erhöht den Einsatz:

## **Fakten schaffen, Fakten schaffen!**

Der Netzbetreiber pokert hoch, erhöht den Einsatz und drückt auf das Tempo. Im vergangenen Dezember und im Januar hat 50 Hertz die Harvester losgelassen und sie haben ganze Arbeit verrichtet. Überall kann man im Baufeld 4 zwischen Golzow und Börnicke die Holzstapel sehen, wo Bäume der geplanten 380kV-Freileitung im Wege standen.

Mit Beginn der frostfreien Periode hat 50 Hertz begonnen, die Fundamente für Masten im Baufeld 4 zu gießen und Masten zu errichten. Bei Tempelfelde und Grüntal stehen die ersten bereits. Offenkundig will 50 Hertz die Zeit, bis das Bundesverwaltungsgericht über unser Rechtsschutzersuchen entschieden hat, dazu nutzen, Fakten zu schaffen.

Den Weg dazu hat das Gericht selbst geebnet, indem es darauf verzichtet hat, die von uns beantragte Zwischenverfügung, die einen Baustopp für das gesamte Vorhaben beinhaltet, zu erlassen. Das Gericht hat sich von 50 Hertz mit der Zusicherung, in den Baufeldern 1-3 keine Baumaßnahmen zu ergreifen – hier liegen die europäischen Vogel-schutzgebiete – einullen lassen und versichert, der Rechtsschutz wäre durch diese Erklärung von 50 Hertz gewährleistet.

Wir werden sehen, ob die Rechnung von 50 Hertz aufgeht, das Gericht vor vollendete Tatsachen zu stellen. In der Art, wie man Masten errichtet, kann man sie auch wieder abbauen. Es bedarf dazu nur eines klugen Richterspruchs. Das Gericht könnte dem Hazardpoker von 50 Hertz ein Ende setzen, indem es zügig dem Rechtsschutzersuchen statt-gibt und einen Baustopp für die gesamte Trasse verhängt. **Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitung in Schutz- und Wohngebieten!**



## Angst und Großgrundbesitz

*Ein hier allseits bekannter Besitzer größerer Ländereien bezeichnete in einem seiner seltenen Interviews Angst als den größten und wirksamsten Antrieb von Menschen. Über grundlegende Verhaltensweisen von Menschen weiß der ansonsten wenig sichtbare Besitzer von großem Grund wohl gut Bescheid.*

*Gehen Sie in sich, liebe Leserin und Leser und erinnern sich, was Sie unter Angst alles vollbracht haben. Angst schärft die Sinne und aktiviert ungeahnte Körperkräfte. Aber seien Sie vorsichtig. Zuviel Angst blockiert und zu wenig macht übermütig.*

*Unsere jüngere und ältere Geschichte ist voll von irrwitzigsten Taten, die sich auf Angst der Akteure zurückführen läßt. An so ziemlich jedem Unfug ist Angst wesentlich beteiligt. Ein bißchen Angst ist allgegenwärtig und zu viel Angst macht krank.*

*Hier schreiben wir von der großen Angst, die Besitzer kleinerer Ländereien dazu brachte, die guten Teile ratzfatz an Besitzer größerer Ländereien zu verkaufen. Zu entscheidenden mentalen Fähigkeiten der Besitzer von großem Grund gehört es wohl, die Angst der anderen, vornehmlich der Verfügungsberechtigten von Grund, Boden und Immobilien schnell und gut zu erkennen, quasi zu fühlen und zu schmecken sowie den Grad der Angst gewissermaßen auch gegen den Wind zu riechen.*

*Dazu kommen noch die Fähigkeiten der Besitzer von großem Grund, schnell und entschlossen Verträge vorzulegen und der unbedingte Wille, um nicht Gier zu sagen, die Geschäfte auch auszuführen. Und natürlich braucht es auch ein Recht und eine große Schar Rechtsanwälte und Notare, die solche abstoßenden Aktivitäten schützten. Die Methoden scheinen seit Jahrhunderten gut zu funktionieren, sonst würde großer Grundbesitz nicht immer wieder von Neuem entstehen und Besitzer von großem Grund wären wohl schon ausgestorben. Auch wäre der Erwerb des großen Grundbesitzes vornehmlich aus der öffentlichen Hand in der kurzen Zeit nach dem Beitritt der DDR ohne große Angst der nicht ganz so wichtigen Entscheidungsträger im öffentlichen Dienst kaum möglich gewesen. Immerhin wurde großer Grundbesitz nach dem letzten Krieg enteignet und auf viele Eigentümer und den Staat verteilt.*

*Hier soll nicht erforscht werden, wie die nicht so wichtigen Entscheidungsträger zur Angst vor den Besitzern des großen Grundes gekommen sind. Vielleicht hatten diese Angst davor, daß etwas besser nicht in die Öffentlichkeit gelangte. Oder die nicht ganz so wichtigen Entscheidungsträger haben geglaubt, daß die Besitzer vom großen Grund etwas wüßten, was andere nicht erfahren sollten.*

*Wie dem auch sei, mit etwas Aufwand ließe sich bestimmt das Eine oder Andere über die Angst der Entscheidungsträger finden. Immerhin sind diese Leute allseits bekannt.*

Dr. MANFRED PFAFF

Digitale Befreiungsfeier in Ravensbrück:

## 8. Mai muß Feiertag werden!

*»Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit. Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über diese Zeit wissen wollt. Ihr müßt alles wissen, was damals geschah. Und warum es geschah.«*

ESTHER BEJARANO, geboren am 15.12.1924, überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück. Bis auf ihren Bruder und eine Schwester wurde ihre gesamte Familie von den Nazis ermordet. Seit Jahrzehnten engagiert Esther sich unermüdlich für Antifaschismus und gegen das Vergessen. Ihre große Leidenschaft gilt den Gesprächen in Schulen und der Musik als antifaschistische Botschaft.

Esther Bejarano möchte ihre Befreiung noch einmal richtig feiern. Deshalb plant sie für 2022(!) eine große Befreiungsfeier in Ravensbrück. Damit sie nicht alleine feiern muß, läßt

uns den 8. Mai endlich zum Feiertag machen! Deshalb gilt auch dieses Jahr wieder dezentral Gedenken und auf Länder- und Bundesebene Druck machen.

Auf der Youtube-Seite der VVN-BdA ist ein aktuelles Interview mit Esther Bejarano veröffentlicht (<https://youtu.be/2ChQK76Q87E>).

Unter folgendem Link kann die Petition von Esther Bejarano & VVN-BdA e.V. »8. Mai zum Feiertag machen! Was 75 Jahre nach Befreiung vom Faschismus getan werden muß!« unterstützt werden: <http://chnng.it/TvjVcmWZ6S>

VVN-Bund der Antifaschisten

## Überwältigende Reaktion

Spendenaufruf für »Studio7« in Panketal war mega erfolgreich!

Damit hatte eigentlich niemand gerechnet! Als sich der Vorstand des Kulturvereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« vor wenigen Wochen mit einem Spendenaufruf zugunsten der privaten Bühne »Studio7« an die Öffentlichkeit wandte, setzten die Initiatoren natürlich auf die Spendenbereitschaft der Mitglieder und Freunde der Kunstbrücke. Daß seit dem Aufruf allerdings etwa 2.500 Euro zusammengekommen sind, empfindet Bert Eulitz vom »Studio7« als »sensationell«!

»Das war ein wichtiger Beitrag, um das Studio7 trotz der derzeit sehr schlechter Aussichten am Leben zu halten. Hoffen wir also, daß wir bald - vielleicht schon Ende dieses Jahres - wie gewohnt Konzerte und Kabarett erleben können. Ich würde mich jedenfalls riesig freuen«, sagt der Betreiber der inzwischen legendären Panketaler Bühne und bedankt sich ganz herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern. »Angesichts der eher düsteren Aussichten für Kultur und Kunst war es

uns eine Herzensangelegenheit, auf die Notlage dieser ganz besonderen Kultureinrichtung im Ort hinzuweisen und uns solidarisch zu zeigen mit den Veranstaltern, die derzeit keine Möglichkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder Geld für ihre Fixkosten einzunehmen«, erklärt Niels Templin, der Vorsitzende des Vereins. »Brücken zu bauen zwischen Menschen und Kultur – das war der Anlaß zur Vereinsgründung. Hier zeigt sich praktisch, was das in diesen Zeiten auch bedeuten kann und muß.«

Alle Beteiligten hoffen natürlich auf eine Entspannung der Situation im Sommer – und auf wieder mögliche Kultur-Events auch in Panketal. Solange dürfen Sie auch noch weiter Spenden oder Gutscheine von »Studio7« erwerben. Aktuelle Informationen zu vorläufig geplanten Veranstaltungen ab Mai finden Sie jederzeit unter [www.kunstbrueckepanketal.de](http://www.kunstbrueckepanketal.de)

THORSTEN WIRTH,

Kulturverein »Kunstbrücke Panketal e.V.«

## Pilotenehrung am 6. April

Die ehrende Veranstaltung der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde (BfG) anläßlich des 55. Jahrestages des Flugzeugunglücks in Berlin-Spandau für die sowjetischen Piloten Hauptmann Boris Kapustin und Oberleutnant Juri Janow konnte auf Grund der geltenden Pandemiebestimmungen am 6. April 2021 nicht wie sonst als kompakte Veranstaltung durchgeführt werden. Die Ehrung der beiden Piloten fand somit in diesem Jahr in einer anderen Form statt.

Eröffnet wurde das diesjährige Gedenken, an dem auch der Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde Martin Hoeck teilnahm, durch die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde in einer offenen Atmosphäre.

Den Anwesenden wurde die kurze Grußschrift vom Haus der Offiziere aus Rostow am Don verlesen: *Wir grüßen Sie am Tag des 55. Jahrestages dieses für unsere Länder bedeutenden Ereignisses. Am 6. April erinnern wir uns an den Mut, die Großherzigkeit, die Tapferkeit und die Selbstaufopferung zweier großer Männer - des Piloten Boris KAPUSTIN und des Navigators Jurij JANOW. Seit vielen Jahren verbindet uns eine Freundschaft, die wir sehr schätzen... Im Namen der Mitarbeiter des Hauses der Offiziere des südlichen Militärbezirks. Leiterin des Militärhistorischen Museums, Marina Antipova.*

Danach ehrten die Teilnehmer die Piloten und legten Blumen nieder. Informationsblätter hielten Informationen zum Geschehen bereit...

WALDEMAR HICKEL

## Nachruf

Unser Mitglied des »Bündnisses für den Frieden Eberswalde« **Hans-Dieter Winkler** ist am 16. März 2021 verstorben.

Mit Hans-Dieter ist ein wahrhaftig großer Mensch von uns gegangen, der sich stets für das Wohl aller Menschen und für den Frieden auf dieser Welt eingesetzt hat. Ein »Pfarrer in Ruhe«, der sich aber keine Ruhe gönnte.

Der Ortswechsel von Berlin nach Chorin brachte uns zusammen in dem gemeinsamen Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit. Im »Bündnis für den Frieden Eberswalde«, das sich vor 20 Jahren in Reaktion auf den Jugoslawienkrieg gegründet hatte, gehörte er zu den führenden Mitstreitern in einer Gemeinsamkeit von Eberswalder Bürgern, Jugendlichen und Studenten, Stadtverordneten, dem ökumenischen Arbeitskreis, Gewerkschaftern und anderen Friedensaktivisten. Auch die Eberswalder Montagsdemonstranten gegen Erwerbslosigkeit hatten seine Unterstützung.

Die vielen Aktivitäten und Veranstaltungen des Bündnisses für den Frieden Eberswalde fanden ein großes öffentliches Interesse und Presseecho und haben inzwischen einen festen Platz in Eberswalde. Besonders erfreulich ist die zunehmende Mitwirkung der jungen Menschen in Eberswalde.

Hans-Dieters Rolle im deutschen Einigungsprozeß nach der Wende in Berlin wurde mit der Verleihung des Bundesverdienstordens gewürdigt. Bei der Auszeichnung wurde Hans-Dieter als »neutraler Schlichter und Mittler«, aber auch als praktisch veranlagter »Unterstützer« gewürdigt. Als solcher hat er sich auch in seinem neuen Barnimer Umfeld bewiesen.

Die Mitglieder des Bündnisses für den Frieden Eberswalde und die vielen gemeinsamen Mitstreiter behalten Hans-Dieter Winkler in bester und dankbarer Erinnerung.

*Bündnis für den Frieden Eberswalde*



## Hans-Dieter Winkler im »Bündnis für den Frieden Eberswalde«

Nach dem Jugoslawienkrieg 1999 drohte im Herbst 2001 nach dem Anschlag vom 11. September in New York der nächste Weltordnungskrieg der USA, diesmal gegen Afghanistan. Ab dem 7. Oktober begannen die Bombardements der US-Luftwaffe. In Reaktion auf die akute Kriegsgefahr gründete sich am 1. Oktober 2001 das »Bündnis für den Frieden Eberswalde« als ein Personenbündnis.

Darin fanden sich die Akteure der verschiedenen Friedensinitiativen von Eberswalde zusammen, um fortan ihre Kräfte für den Frieden zu bündeln. In diesem Bündnis fanden sich zusammen: einzelne Stadtverordnete, Studenten der Fachhochschule, Schüler, Mitglieder des Ökumenischen Arbeitskreises, des DGB

Uckermark Barnim und von Einzelgewerkschaften und weitere Einzelpersonen, darunter ROLF RICHTER, Pfarrer i.R. HANS-DIETER WINKLER, VOLKER PASSOKE und ALBRECHT TRILLER, die die Arbeit des Bündnisses koordinierten.

In den 20 Jahren seiner Existenz engagierte sich das Bündnis für den Frieden Eberswalde in vielfältiger Weise. Zu den Initiatoren der Gründung haben sich erfreulicherweise in den letzten Jahren weitere Mitstreiter, darunter auch junge Friedensfreunde, hinzu gesellt, wodurch die Aktivitäten ideenreicher geworden sind.

Das Bündnis für den Frieden nutzte die Möglichkeit von Informationsständen zu verschiedenen Anlässen in Eberswalde und orga-

nisierte »Friedensdebatten«, zu denen jeweil prominente Persönlichkeiten gewonnen wurden, wie Dr. Walter Romberg (Minister der de Maiziere-Regierung), Dr. Almuth Nothnagle (Ökumenische Missionarin Berlin), Abdullah Hejazi (Palästinensische Generaldelegation, Berlin), Sascha Kimpel von attac, Dr. Fred Klinger (katholischer Friedensaktivist und »lebendes Schutzschild« vor und nach Beginn des Irakkrieges in Bagdad).

Weitere Friedensdebatten fanden mit Prof. Kurt Pätzold, Ottfried Nassauer und Kambiz Bebahani (Irak) statt. In der Sparkasse Eberswalde war eine Antikriegsausstellung des Bündnisses zu sehen. Genutzt wurden auch solche Formen wie Friedensgebete und Mahnwachen, um Eberswalder Bürger für den Friedenskampf zu sensibilisieren.

Das Bündnis für den Frieden gewann Eberswalder Bürger auch für die Teilnahme an den großen Friedensdemonstrationen in Berlin.

In jedem Jahr finden ideenreich gestaltete Kundgebungen zum Weltfriedenstag am 1. September auf dem Eberswalder Marktplatz statt, die nicht mehr wegzudenken sind. Es ist das Anliegen des Bündnisses für den Frieden durch die jeweiligen Redner und Mitgestalter deutlich zu machen, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens Sache aller friedliebenden Menschen unabhängig von ihrem Glauben und ihrer politischen Gesinnung ist. Singende und tanzende Kinder, musizierende Jugendliche, startende Friedenstauben, der Chor Iwuschka, prominente weltliche und geistliche Persönlichkeiten und Friedensgebete zeigen den pluralistischen und einenden Charakter des Weltfriedenstages.



Auch das soziale Engagement lag Hans-Dieter Winkler am Herzen. Das Foto zeigt ihn während der Montagsdemo gegen Hartz 4 und soziale Ausgrenzung am 4. Juli 2005. Gemeinsam mit Pfarrer Hanns-Peter Giering gestaltete er die Montagsdemo an diesem Tag als Gottesdienst.

*Fotos auf dieser Seite: Albrecht Triller und Oliver Köhler (oben)*

## So oder ganz anders

Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski strebt ein Bundestagsmandat an. Dank des zweiten Listenplatzes auf der FDP-Landesliste Brandenburg dürfte ihm das wohl auch gelingen. Seinen Bürgermeisterstuhl muß er dann vorzeitig räumen (vgl. »Bürgermeisterzyklus« in BBP 4/2021). In der Eberswalder Politgerücheküche werden schon seit geraumer Zeit verschiedene Namen gehandelt, die für eine Nachfolge in Frage kämen. Allerdings ist kaum zu erwarten, daß sich jemand vor dem offiziellen Rücktritt des Amtsinhabers aus der Deckung hervorwagt. Nichtsdestotrotz ist das Gewühle zur Gestaltung jeweils günstiger Ausgangspositionen inzwischen unübersehbar in vollem Gange. Phantomängste mögen da durchaus eine Rolle spielen

Ein Stadtverordneter aus Finow bemüht sich beispielsweise derzeit nach Bernauer Vorbild (»StVV-Vorsitzender abgewählt« in BBP 4/2021) um Mehrheiten für eine Abwahl des Vorsitzenden der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung MARTIN HOECK, dem Ambitionen nachgesagt werden, in die Fußstapfen seines Parteikollegen Boginski treten zu wollen. Eine Abwahl als StVV-Vorsitzender, so offenbar das Kalkül, würde Hoecks Chancen bei der Bürgermeisterwahl mindern. Als Nachfolger für den Stadtverordnetenvorsitz soll angeblich ein einst abgewählter Bürgermeister bereitstehen.

Eine rosarot-grün-schwarze Koalition will vor dem Boginski-Rücktritt und vor der Bürgermeisterwahl schonmal Fakten schaffen und den 2013 abgeschafften Posten eines Ersten Beigeordneten bzw. einer Ersten Beigeordneten wieder einführen. Hier findet das Imaginäre schon den Übergang in die reale Welt. Über eine entsprechende Beschlußvorlage sollen die Stadtverordneten am 27. April abstimmen.

Für einen neuen Bürgermeister wäre es vorab ein Affront, wenn unmittelbar vor dessen Wahl ein Beigeordneter für die nächsten acht Jahre ins Amt gehoben wird. Oder eine Beigeordnete. Wie verlautete, favorisieren die Einreicher die derzeitige Baudezernentin und stellvertretende Bürgermeisterin Anne Fellner für das Amt der Ersten Beigeordneten. Möglicherweise soll mit der Beförderung der Dezernentin zur Ersten Beigeordneten selbiger aber auch lediglich eine bessere Ausgangsposition für die eventuelle Wahl als Nachfolgerin von Friedhelm Boginski organisiert werden. Zumal es den drei Fraktionen wohl an geeigneten Kandidaten für die Bürgermeisterwahl mangelt, die sich das auch antun und vielleicht einen Sitz im Landtag dafür aufgeben wollen.

Freilich sind das alles Sandkastenspielchen und es ist zudem völlig im Nebel, wie die Wählerinnen und Wähler solche Spielchen aufnehmen und für ihre Wahlentscheidung verarbeiten werden. Nur eines ist sicher: Alles ist unsicher. Und es kann immer auch ganz anders kommen...

GERD MARKMANN

380-kV-Freileitung durch die Stadt Eberswalde:

## Ein Geschäft der laufenden Verwaltung

»Beschleunigungszuschläge« sind eingegangen und verbucht

**Eberswalde (bbp).** Seit Jahresbeginn schafft der Netzbetreiber 50 Hertz vollendete Tatsachen. Entlang der geplanten Trasse gab es umfangreichen Holzeinschlag, bei Tempelfelde und Grüntal stehen bereits die ersten Masten. Von den Arbeiten an der Trasse ist auch die Stadt Eberswalde betroffen (BBP 4/2021).

Im Bereich der Wohngebiete im Kopernikusring und Zum Schwärzese kommt die Trasse der Wohnbebauung bedrohlich nah. Hatte sich die Stadt noch 2018 klar und deutlich gegen den Leitungsbau in der geplanten Form ausgesprochen, so gibt es derzeit seitens der Stadtverwaltung keinerlei Aktivitäten gegen den Bau. Trotz der laufenden Klage gegen den erneuten Planfeststellungsbeschluß. Vielmehr werden nun Entschädigungszahlungen entgegengenommen.

Und nicht nur das. Im März hieß es noch: »Daneben kann die Vorhabenträgerin Beschleunigungszuschläge leisten«. Wie eine Nachfrage im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen ergab, hat 50 Hertz solche »Beschleunigungszuschläge« geleistet und die Stadtverwaltung hat diese

auch in Höhe von 128.174 Euro entgegengenommen und mittlerweile im städtischen Haushalt unter dem Kostenträger 11.17.01.05 verbucht.

Auf die Frage, in welchen Gremien darüber beraten und gegebenenfalls beschlossen wird, antwortete der Verwaltungsdezernent Maik Berendt: »Hierbei handelt es sich um Geschäfte der laufenden Verwaltung, über die im Hauptausschuß am 18. Februar 2021 informiert wurde.« Da sich davon in der öffentlichen Niederschrift nichts findet, kann das nur eine Information in der nichtöffentlichen Sitzung gewesen sein, wobei nach hier vorliegenden Informationen bereits in der Hauptausschußsitzung am 21. Januar nichtöffentlich über in Aussicht gestellten Zahlungen von 50 Hertz informiert wurde.

Inzwischen hat der Stadtverordnete Mirko Wolfgramm (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) zum Thema weitere Nachfragen zur Stadtverordnetenversammlung am 27. April gestellt:

1. Welche Gegenleistung hat die Stadt Eberswalde erbracht, um die »Beschleunigungszuschläge« zu erhalten?
2. In der Antwort auf die Anfrage AF/070/2021 wurde informiert, daß es sich bei der Entgegennahme der »Beschleunigungszuschläge« um ein Geschäft der laufenden Verwaltung gehandelt hat. Ist die Entgegennahme der »Beschleunigungszuschläge« Bestandteil der Haushaltssatzung 2020/2021?
3. Wenn ja, in welcher Höhe wurden diese »Beschleunigungszuschläge« im Haushalt 2020/2021 eingepplant?

**Insgesamt zahlte 50 Hertz die Summe von 488.605,90 Euro an die Stadt Eberswalde aus. Davon 128.174 Euro als »Beschleunigungszuschlag« und 360.431,90 Euro als Entschädigungen (Flurschadenregulierung: 234.037 Euro, Wertverlust der Grundstücke durch Überspannung: 56.518,90 Euro, Entschädigungen für Maststandorte: 24.583 Euro, Entschädigungen für Garagen: 26.093 Euro, entgangene Mieteinnahmen für Garagen: 19.200 Euro).**

## Struktureller Unsinn in der Wirtschaftsförderung

**Eberswalde (bbp).** Angesichts der Corona-Pandemie brennt »in der Wirtschaft bzw. den mittelständischen Unternehmen und den Handwerksbetrieben in der Stadt die Luft«, stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende UWE GROHS in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 23. März fest. Vor anderthalb Jahren habe die StVV das Amt für Stadtmarketing und Tourismus beschlossen, das »aktuell auch besonders in Erscheinung tritt und in der Stadt Eberswalde etwas bewegt«. Zeitgleich wurde auch über die Etablierung eines Referates für Wirtschaftsförderung entschieden. Bislang gebe es keine Information, ob es dieses Referat bereits gibt. Der zuständige Dezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG teilte daraufhin mit, daß die beiden zusätzlichen Stellen per 1. April bzw. 1. Mai besetzt werden. Er nehme die Kritik mit und werde künftig ausführlicher im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen informieren.

Während das Amt für Stadtmarketing und Tourismus dem Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI untersteht, gehört das bislang wenig in

Erscheinung getretene Wirtschaftsförderungsreferat zum Dezernat von Dr. Jan König. Boginski wies in seiner Antwort darauf hin, daß ihm seit seinem Amtsantritt 2006 zwei Bereiche ganz besonders am Herzen lagen. Dazu zählte zum einen das Kulturamt und zum anderen das Wirtschaftsamt, weil er »dort Signale setzen wollte«. Das sei ihm auch gelungen. »Mit Prof. Dr. König hat die Stadt einen hochprofessionellen Wirtschaftsförderer«. Gemeinsam mit ihm und teilweise mit der Baudezernentin ANNE FELLNER habe er »im letzten Jahr einige neue Investoren begleitet. Diese Gespräche waren sehr aufwendig, aber ich bin guter Hoffnung, daß aus diesen Gesprächen heraus einiges in der Wirtschaft der Stadt Eberswalde passieren wird.« Gemeinsam mit seinem Dezernenten für Wirtschaft, Soziales, Ordnung, Kultur sowie Bildung, Jugend und Sport war Boginski kürzlich auch wieder beim Betriebsrat der thyssenkrupp rothe erde Germany GmbH und »wir haben uns dieser Thematik sehr intensiv gewidmet«. Der Betrieb schließt zum Jahresende.

## Auf dem »Weg der Gesundheit«

Die Linkspartei in Bernau setzte sich anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April mit einer Aktion auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz für ein krisenfestes und gerechtes Gesundheitssystem ein.



FOTOS (2): DIE LINKE/BERNAU

»Wir brauchen bundesweit jeweils 100.000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und in der Altenpflege«, forderte Dr. HILDEGARD BOSSMANN, Mitglied des Stadtvorstandes und der Stadtfraktion der Linken Bernau. »Der Personalmangel bedeutet Streß und Belastung für die Beschäftigten und gefährdet die Gesundheit von Patientinnen und Patienten. Das hören wir auch immer wieder von Beschäftigten in Bernau. Wir brauchen einen gesetzlichen Personalschlüssel in allen Pflegebereichen, damit für den tatsächlichen Bedarf genug Personal da ist. Dies heißt auch Pflegepersonal, aber auch insgesamt Gesundheitssystem besser zu bezahlen. Die Linke hält 500 Euro monatlich mehr Grundgehalt in der Pflege für angemessen. Wichtig ist auch, daß bereits in der Ausbildung finanziell nachgebessert wird, vor allem aber muß überall die Ausbildung kostenlos sein.«

Dr. DAGMAR ENKELMANN, ebenfalls Mitglied der Stadtfraktion, ergänzt: »In Bernau ist es schon oft schwer, einen Termin bei einem Facharzt zu bekommen, dabei sind wir hier wohl ganz gut ausgestattet. Das zeigt aber einmal mehr, wie auf Kante das ganze System gestrickt ist. Statt auf Rendite muß das Gesundheitssystem auf eine gute Versorgung ausgerichtet werden, deshalb will DIE

LINKE auch, daß das jetzige System der Fallpauschale abgeschafft wird. Stattdessen müssen beispielsweise Krankenhäuser nach Bedarf finanziert werden. Wir brauchen die Versorgung in der Fläche. Mit einer solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung, wie sie DIE LINKE vorschlägt, in die alle entsprechend ihrem gesamten Einkommen einzahlen, ist dies auch finanzierbar. Die Beiträge sinken bei unserem Modell sogar für alle, die weniger als 6.300 Euro im Monat haben.«

Zusammenfassend kommentiert NIELS-OLAF LÜDERS, Bundestagsdirektkandidat für den Wahlkreis 59, in dem auch Bernau liegt: »Jahrelang wurde im Gesundheitssystem gekürzt. Unter Corona ist es teils heillos überlastet. Wir machen Druck für ein krisenfestes und gerechtes Gesundheitssystem. Wir kämpfen für gute Pflege und gute Gesundheitsversorgung. Das heißt auch den Gesundheitsdienst zu stärken. Es braucht Bewegung auf allen Ebenen vom Kreis bis zum Bund, auch, wenn sich sicherlich am meisten an den gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bund ändern muß. Aber auch beispielsweise das Land muß dringend bei den Investitionsmitteln für die Krankenhäusern nachsteuern.«

MARTIN GÜNTHER

## Kosten der Wohnungsmarktexpertise

**Eberswalde (bbp).** Im Februar war im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) über die »Wohnungsmarktexpertise Eberswalde 2035« informiert worden (BBP 4/2021). Darauf Bezug nehmend fragte Sebastian Walter (Die Linke) im März nach den Kosten der Expertise und der Form der Ausschreibung zur Vergabe des Auftrags.

In der schriftlichen Antwort der Verwaltung heißt es zur Art der Vergabe, daß es sich um ein »Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb« gehandelt habe. »Es wurden 3 Büros (EBP Deutschland GmbH, BBSM Brandenburg und empirica ag) um die Abgabe eines Angebots gebeten. Von BBSM Brandenburg und von empirica ag gingen Angebote ein. EBP gab kein Angebot

ab. Hauptleistungsbestandteil war die Erarbeitung einer Wohnungsmarktexpertise für verschiedene Szenarien für 2035 (Wachstum ca. 45.000 EW, Stabilisierung ca. 42.000 EW und Schrumpfung ca. 39.000 EW) unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Wohnraumversorgung. Zusätzlich zur Expertise sollte die ca. alle 5 Jahre stattfindende Wohnungsbestands- und Leerstandserfassung außerhalb der WUs (WHG, 1893 eG, TAG, AWO) erbracht werden.« Die Kosten hatte die Verwaltung auf insgesamt 40.000 Euro geschätzt (Expertise ca. 28.000 Euro, Wohnungsbestands- und Leerstandserfassung ca. 12.000 Euro). Im Ergebnis der Ausschreibung hatte die empirica ag mit 36.785,88 Euro das fachlich und preislich beste Angebot vorgelegt.

## Flächennutzungsplan später

**Eberswalde (bbp).** Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat im März den 2016 bekanntgemachten Regionalplan Uckermark-Barnim, Teilplan »Windnutzung, Rohstoffsicherung und -gewinnung« für unwirksam erklärt. Die Darstellung des Windeignungsgebietes im Flächennutzungsplan (FNP) entspricht somit nicht mehr der Rechtslage. Die aktuelle Änderung enthielte eine Falschdarstellung und wäre nicht genehmigungsfähig. Die Verwaltung zog die Vorlage zurück, um dies zu korrigieren und den FNP im April mit einer neutralen Darstellung erneut vorzulegen.

Die Befürchtungen der sachkundigen Einwohnerin Karin Wagner, ob zukünftig das Errichten von Windrädern in allen Bereichen der Stadt Eberswalde möglich sei, konnte die Stadtentwicklungsamtsleiterin Silke Leuschner entkräften. Die Verwaltung gehe davon aus, »daß die unkontrollierte Errichtung von Windrädern nicht möglich ist, weil entsprechende Genehmigungsvorbehalte bestehen. Es handelt sich zwar um privilegierte Vorhaben im Außenbereich, aber auch im Außenbereich sind entsprechende Genehmigungsverfahren anzuwenden und die Restriktionen, die es im Stadtgebiet von Eberswalde gibt, sind dann auch beim Verfahren zu berücksichtigen.« Deshalb habe es auch nur so ein kleines ausgewiesenes Windeignungsgebiet gegeben. »Aus diesem Grund stellt sich die Errichtung an irgendwelchen Standorten nicht ganz so einfach dar.« Die Verwaltung werde sich dazu unter Einbeziehung aller Gegebenheiten weiterführend Gedanken machen. Es sei davon auszugehen, »daß die Regionalplanung entsprechend an einem neuen Plan arbeitet, um dies regional zu steuern und auch entsprechend einwirken zu können.«

## Baubeginn im Juli

**Eberswalde (bbp).** Die Max-Lull-Straße soll in diesem Jahr ausgebaut werden. Wie die Amtsleiterin Heike Köhler informierte, läuft derzeit die Ausschreibung. Der Zeitplan sieht vor, den Vergabebeschuß im Juni den politischen Entscheidungsgremien vorzulegen, so daß der Baubeginn im Juli 2021 erfolgen könnte.

## Kulturbeirat verstärkt

**Eberswalde (bbp).** Ende 2020 hatte der Kulturbeirat der Stadt Eberswalde einige personelle Verluste zu verzeichnen. Infolge Wegzugs aus Eberswalde, aus persönlichen, aber auch inhaltlichen Gründen war der Beirat, dem laut Hauptsatzung der Stadt bis zu 20 Bürgerinnen und Bürger angehören können, auf fünf Mitglieder geschrumpft. Im März hatte die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur den Musiker TOBIAS EMMERICH als neues Mitglied für den Kulturbeirat vorgeschlagen. Nun folgt die SPD/BFE-Fraktion, die mit Heiko Schult vom Finower Wasserturm e.V. den Kulturbeirat verstärken möchte. Die Stadtverordneten entscheiden darüber am 27. April.

## Glasfaserausbau

Die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER PANKETAL haben zur letzten Sitzung der Gemeindevertretung die Prüfung des flächendeckenden Glasfaserausbau in Panketal beantragt. Die Vorteile einer stabilen und schnellen Internetverbindung werden gerade in Zeiten der Pandemie deutlich: Im Homeoffice oder Homeschooling erfordern Videokonferenzen und cloudbasiertes Arbeiten hohe Bandbreiten, über die leider nicht alle Haushalte in Panketal verfügen. Dies soll sich nun ändern.

Die Gemeindevertretung folgte unserem Vorschlag, daß die Verwaltung in Zusammenarbeit mit einem Telekommunikationsunternehmen bis September 2021 einen flächendeckenden Breitbandausbau mittels Glasfasertechnologie in Panketal prüft. Hierbei soll ein Fahrplan zur stufenweisen Erhöhung der Breitbandabdeckung erstellt werden, um eine zukunftssichere Internetversorgung für alle Panketaler sicherzustellen.

Demnach sind Investitionen in diese Technologie besonders lohnend und langfristig zu betrachten. Panketal würde als Gemeinde sehr an Attraktivität gewinnen: Keine umliegende Kommune verfügt über flächendeckende Glasfaserverfügbarkeit. Unabhängig davon sollen alle Panketaler Haushalte möglichst schnell mit mindestens 50 Mbit/s versorgt werden. Dieser Antrag ist ein Zeichen für ein zukunftsorientiertes Panketal und ein wichtiger Schritt für die Digitalisierung auf kommunaler Ebene.

CLEMENS HERRMANN

## Tauschläden wieder offen

Der Eberswalder Tausch-, Leih- und Schenkläden in der Eisenbahnstraße 69 ist wieder geöffnet! Jeweils Dienstag und Freitag von 16 bis 19 Uhr. Leider mit den üblichen Coroneinschränkungen... Als Ergänzung möchten wir wieder eine Tauschplattform im Internet einrichten ([creativtausch@web.de](mailto:creativtausch@web.de)).

GLENN ROSSOW, Tauschring Eberswalde

## Schwimmhalle für Bernau

Stadtvorstand und Stadtfraktion der LINKEN Bernau begrüßen Überlegungen zur Errichtung eines Schwimmbades in Bernau und dankt ausdrücklich den Initiatoren der Petition, daß sie das Thema in der Öffentlichkeit halten. Gleichwohl stellen wir fest, daß ein Zuschuß von einer Million jährlich, der laut Gutachten für den Betrieb eines Schwimmbades durch die Stadt zu tragen wäre, für uns im Stadthaushalt nicht darstellbar ist. Sich daraus ergebenden Kürzungen bei kulturellen und sozialen Ausgaben können wir nicht zustimmen.

Wie laden alle Interessierten zu einem öffentlichen Diskurs um ein tragfähiges Finanzierungskonzept ein. Den Bürgermeister fordern wir auf, die Suche nach darstellbaren Lösungen zu intensivieren.

MARTIN GÜNTHER

## Zukunft für die BücherboXX

**Eberswalde (bbp).** Konrad Kutt vom »Institut für Nachhaltigkeit in Bildung, Arbeit und Kultur« aus Berlin hat beim Quartiersmanagement »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel einen finanziellen Zuschuß zur Verlängerung des BücherboXX-Projektes beantragt.

Die BücherboXX, eine zur Mitnahme- und Bringebibliothek umgebaute Telefonzelle, war vom Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski während des 2019er Kiezweihnachtsmarktes offiziell auf dem Potsdamer Platz eingeweiht worden. Leider führten Vandalismus zur Zerstörung der BücherboXX und einem vorzeitigen Ende des Projekts. Allerdings nur vorübergehend. Dank der Bemühungen des Initiators Konrad Kutt und der hiesigen »Kümmerergemeinschaft« und mit Unterstützung der Stadtverwaltung, nicht zuletzt den Mitarbeitern des städtischen Bauhofs, gelang es Anfang Juli 2020, die BücherboXX zu reparieren und wieder aufzustellen. Wegen der zerstörten Tür konnte die BücherboXX allerdings nicht wieder im Freien auf dem Potsdamer Platz aufgestellt werden. Dank der Hilfe von den Betreibern des EKZ »Heidewald« fand sich ein Platz-

chen im Foyer vor dem Eingang zum NETTO-Lebensmitteldiscounter.

Mit der aktuellen Förderung soll nun die BücherboXX als frei benutzbare »Straßenbibliothek« noch mindestens bis Ende 2021 bestehen bleiben. Während dieser Zeit soll herausgefunden werden, ob und wie sich die BücherboXX bewährt, welchen Beitrag sie zur Gemeinschaftsbildung, zur Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung sowie zur sozialen und kulturellen Weiterentwicklung des Stadtviertels beiträgt. Vor allem soll herausgefunden werden, wie eine eigene BücherboXX geschaffen oder die vorhandene übereignet werden kann.

Dafür werden im EKZ »Heidewald«, wenn dies wieder möglich ist, vier Treffen des BücherboXX-Teams aus Berlin mit den Kümmerern und dem Projektpartner in Eberswalde durchgeführt. Für Miete der BücherboXX sowie Honorar und Fahrtkosten wurden 1.280 Euro aus dem Projektfonds »Soziale Stadt« beantragt. Der Sprecherrat hat dem Projekt in seiner jüngsten Online-Sitzung der Förderung zugestimmt.

## Als in Deutschland die Bücher brannten

Der Arbeitskreis für Information – AKI-Stuttgart – erinnert in seinem aktuellen Fortbildungsprogramm am 10.05.2021 in real und digital an die Bücherverbrennungen im Mai 1933. Damals brannten bei der »Aktion wider den undeutschen Geist« die Scheiterhaufen und viele Menschen in Deutschland warfen das

vermeintlich »schädliche undeutsche Schrifttum« ins Feuer. Wir lesen Texte und Gedichte und erinnern damit an eine sehr dunkle Zeit in der deutschen Geschichte.

KARL DIETZ

Weitere Infos im AKI-wiki auf der Seite [wiki.aki-tuttgart.de/mediawiki/index.php/1933](http://wiki.aki-tuttgart.de/mediawiki/index.php/1933)

## Eine Bernauer Ortsumgehungsstraße

**Die Fraktion BVB/Freie Wähler Bernau hatte zur Bernauer Stadtverordnetenversammlung am 25. März einen besonders wichtigen Antrag eingereicht. Die Vorlage sieht vor, vom Land Brandenburg die Umsetzung einer weiträumigen Ortsumfahrung einzufordern und hierfür die Prioritätenliste des Landesstraßenbedarfsplans anzupassen.**

Mindestens seit der Wende wird in Bernau um die Realisierung einer Ortsumgehungsstraße gerungen. Hierbei wurden insbesondere in den 90er Jahren verschiedene Möglichkeiten erörtert, jedoch nie konkret umgesetzt.

Die im Bau befindliche Ladestraße führt zu einer gewissen Entlastung, vermag aber nicht den überörtlichen Durchgangsverkehr aus der Stadt herauszuleiten. Im Übrigen wird diese kommunal finanziert, während der Bedarf nach Realisierung einer weiträumigen Umfahrung Aufgabe des Landes ist.

Aufgrund der Bevölkerungs- und damit einhergehenden Verkehrsentwicklung in der Stadt erscheint das derzeitige Straßennetz als nicht ausreichend. Als achtgrößte Stadt Brandenburgs mit mittlerweile über 40.000 Einwohnern ist es nicht hinnehmbar, daß überörtlicher Verkehr regelmäßig durch die (erweiterte) Innenstadt geführt werden muß. Die Folge sind nicht nur Staus auf diesen, sondern auch den querenden Achsen. So sind in der Straßenver-

kehrsprognose 2030 (erstellt 2018) für die L200 und die L30 bis zu 11.000 Kfz je 24 Stunden prognostiziert, was angesichts der innerörtlichen Lage Veränderungsbedarf nach sich zieht.

Daher ist im Rahmen einer Überprüfung des vor 10 Jahren beschlossenen Landesstraßenbedarfsplans die Ortsumgehungsstraße für Bernau höher zu priorisieren.

Zugleich wird dieser Vorstoß mit zielgerichteten parlamentarischen Anfragen durch den Landtagsabgeordneten Péter Vida flankiert. So soll noch vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Antwort auf die relevante Frage der Neufassung des Landesstraßenbedarfsplans erfolgen. Die Vorlage macht zudem einen groben Vorschlag für eine mögliche Trassenführung, die keine Wohngebiete tangiert. Ziel ist es, durch eine breite Mehrheit die Forderung gegenüber dem Infrastrukturministerium zu unterstreichen.

THOMAS STRESE und JÖRG ARNOLD

380-kV-Höchstspannungsleitung durch die Stadt:

## Strahlungswerte »weitestgehend eingehalten«

*Amtsleiterin SILKE LEUSCHNER: Stadt hat aktuell keine Einflußmöglichkeiten*

**Eberswalde (bbp).** Der fraktionslose Stadtverordnete Carsten Zinn fragte in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 23. März, warum die Verwaltungsspitze nicht von sich aus den aktuellen Stand zur 380-kV-Freileitung in den relevanten öffentlichen Gremien kommuniziert bzw. behandeln läßt und erhielt von Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) die Antwort, daß die Leiterin des Stadtplanungsamtes Silke Leuschner am 9. März im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) »ausführlich zu diesem Sachverhalt Stellung bezogen hat«.

Dort hatte Oskar Dietterle von der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur vorgeschlagen, das Thema 380-kV-Freileitung und die Vereinbarung zwischen 50Hertz Transmission GmbH und der Stadt Eberswalde im öffentlichen Teil der nächsten ASWU-Sit-

zung als separaten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Er wies daraufhin, daß die Höchstspannungsstrasse zwischen dem Kopernikusring und dem zukünftigen Schulstandort an der Eberswalder Straße hindurchgeführt wird und durch die Magnetfelder von einer möglichen gesundheitlichen Gefährdung für die Kinder ausgegangen werden kann. Er bezog sich dabei auf die Stellungnahme von 2018 (BBP 3/2021, Seite 7), in der die Stadt ihre Ablehnung des Vorhabens nochmal bekräftigt hatte.

Silke Leuschner informierte daraufhin, daß es sich »um ein fast abgeschlossenes Planfeststellungsverfahren handelt«. Es sei zwar dagegen Klage erhoben worden, »die aber keinerlei auf-schiebende Wirkung hat«. Der Planfeststellungsbeschluß sei »wirksam und vollziehbar«. Es sei davon auszugehen, »daß nach juristischer Einschätzung der Beschluß nicht aufgehoben wird.

Die 50Hertz Transmission GmbH hat nach dem derzeitigen Stand damit Baurecht.«

Die Stadt habe mit ihren Stellungnahmen in diesem langwierigen Verfahren zwar nicht die Erdverkabelung erreicht, »aber umfangreiche Abwägungsprozesse und erhebliche Optimierungen hinsichtlich der Leitungsführung sowie von möglicher Betroffenheit innerhalb der Stadt« erreicht. Die Amtsleiterin erklärte, daß die einzuhaltenden Grenzwerte nicht hinsichtlich von Abständen, sondern hinsichtlich von Strahlungswerten einzuhalten sind. »Die Einhaltung der Strahlungswerte ist gesichert« laute die Mitteilung an die Stadt Eberswalde.

Im Verfahren gebe es ein Minimierungsgebot im Hinblick auf die Strahlungswerte. »Diesem ist der Vorhabenträger laut Bescheid nachgekommen. Bezüglich der Einhaltung von Abständen gibt es Trassierungsmaßstäbe und auch an diesen hat sich die 50Hertz Transmission GmbH weitestgehend gehalten. In den kritischen Situationen zwischen dem Brandenburgischen Viertel, den Gebäuden Zum Schwärzensee und Finow Ost ist die Trassenlage so gemittelt worden, daß die Werte weitestgehend eingehalten werden können.«

Vorhabenträger, so Silke Leuschner, »ist die 50Hertz Transmission GmbH«. Die Stadtverordnetenversammlung könne somit »keine anderslautenden Beschlüsse in diesem Fall« fassen. Für den neuen Schulcampus an der Eberswalder Straße werde es ein Bebauungsplanverfahren geben, bei dem mögliche schädliche Auswirkungen der Leitung Berücksichtigung finden werden. »Die Verwaltung sieht aus diesen Gründen eine Thematisierung im ASWU als nicht zielführend an, weil im aktuellen Stand des Verfahrens keine Möglichkeiten der Veränderungen gegeben sind.« Ob und inwieweit hier gezahlte »Beschleunigungszuschläge« die Verwaltungsmeinung beeinflussen haben, sagte die Amtsleiterin nicht.



FOTO: GERO MÄRMANN

Auch am Brandenburgischen Viertel ist die neue Trasse geschlagen. Die geplante 380-kV-Höchstspannungsleitung hat einen Abstand von ca. 80 Metern zur Wohnbebauung.

## Parkplatznöte in der Eberswalder Innenstadt

**Eberswalde (bbp).** Die Horrorszenerien der aussterbenden Stadt Eberswalde sind seit knapp fünf Jahren vom Tisch. Seitdem wächst die Bevölkerungszahl und es wird viel gebaut. Nicht nur in der Peripherie, sondern auch in der Innenstadt. Einst leer stehende Gebäude werden saniert, Lücken in der Bebauung durch neue Wohngebäude geschlossen. Was nicht mitwächst, sind die Parkplätze. Werktags, wenn Pendler mit ihrem Auto zur Arbeit oder Konsumenten zum Shoppen in die Innenstadt fahren, sind freie Parkplätze selbst parkraum-

bewirtschaftet schon seit Jahren eine Seltenheit. Die Sanierungen und Neubauten an Wohnraum sorgen nun dafür, daß auch abends und nachts kaum noch freier Parkraum zur Verfügung steht.

Zur Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 23. März wurde dies von einem Anwohner der Ruhlaer Straße thematisiert. Wie wird es sich verhalten, fragte er die Verwaltung, wenn demnächst die 33 Wohneinheiten des Bebelquartiers bezogen werden? Seit im September 2015 die Stellplatzsatzung aufgehoben wurde, sind Bauherren nicht mehr verpflichtet, Stellplätze zu schaffen oder für nicht geschaffene Stellplätze einen Ausgleich zu zahlen. Der Verwaltung seien so,

antwortete die Baudezernentin Anne Fellner, die Hände gebunden. Als Steuerungsinstrument stehen der Verwaltung derzeit nur die Bewohnerparkausweise zur Verfügung. Es könne darüber nachgedacht werden, so die Dezernentin, in dem angesprochenen Bereich das Parken nur mit Bewohnerparkausweis zuzulassen. Das würde sicherstellen, daß die vorhandenen Stellplätze dann ausschließlich für die Anwohnerinnen und Anwohner zur Verfügung stehen. »Wir haben«, so Anne Fellner, »das Problem im Blick und arbeiten gegenwärtig an einer Lösung für dieses Problem«. Sie kündigte an, daß über diese Thematik im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) genauer diskutiert werde.

## Protest Geflüchteter

Am 13. April 2021 demonstrierten etwa 150 Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Geflüchteten des Landkreises Barnim vor der Ausländerbehörde in Eberswalde gegen das, was sie als rassistisches System bezeichnen.



Foto: BARNIM FÜR ALLE

Anlaß für die Demo war der Suizid von SA-LAH TAYAR am 11. März. Durch den gezielten Druck und die systematischen Übergriffe der Ausländerbehörde haben Geflüchtete oft keine Lebensperspektive, wie z.B. Arbeit oder Aufenthaltserlaubnis, und oft über Jahre. Einige der Rednerinnen und Redner bezeichneten die Situation als hoffnungslos, während andere betonten, daß ihr Leben auf der Kippe steht.

»Dienstags ist der Tag, an dem Geflüchtete ihre Ausweise verlängern lassen müssen. Die Ausländerbehörde arbeitet auf Hochbetrieb. Wir wollen, daß die Mitarbeitenden unseren Protest sehen!«, erklärt eine der geflüchteten Aktivistinnen. »Manche müssen jede Woche hierherkommen, um ihren Ausweis verlängern zu lassen. Der Besuch der Behörde ist jedes Mal ein Moment der Angst. Ich weiß nicht, was mich erwartet, darf ich bleiben? Darf ich noch arbeiten?«, erklärt sie weiter.

Selbstmord ist eine der vielen Folgen des Lebens unter dem ständigen Druck der Behörden, Alkoholismus und Drogenkonsum eine andere. Noch schlimmer ist die Situation für die Kinder der Geflüchteten. Sie fragen sich, wann das alles ein Ende haben wird.

Eine der Aussagen, die heraus stach, war: »Wir sind geflohen, um sicher zu leben, aber nur, um hierher zu kommen und unser Leben zu verlieren«. Eine andere kritisierte die Praxis der »Duldung« und bezeichnete sie als Todesurteil für ein ohnehin schon schlechtes Leben. Mit einer Duldung kann man nicht arbeiten, lernen, eine Wohnung finden oder ein menschenwürdiges Leben weiterführen.

Die Barnimer Ausländerbehörde muß die Geflüchteten ohne Streß leben lassen und ein gutes Zusammenleben ermöglichen!

Barnim für alle

(Spendenkonto: Barnim für alle, IBAN: DE78 1705 2000 1110 0262 22, Sparkasse Barnim)

80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion:

## Keine Gedenkkultur im Bundestag

Offener Brief an den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, ich gehe davon aus, daß Sie sich Ihre Entscheidung zur Ablehnung des Vorschlags des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der Linksfraktion Jan Korte, eine Gedenkveranstaltung anläßlich des 80. Jahrestages des Überfalls der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Deutschen Bundestag durchzuführen, nicht leicht gemacht haben.

Der Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier hat schon im Februar dieses Jahres in einem Interview mit der Rheinischen Post zurecht darauf aufmerksam gemacht, daß der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, wie kein anderes Datum, an ein düsteres Kapitel deutscher Geschichte erinnert.

Wir erinnern uns daran, wie viel Leid zwei von Deutschland begonnene Weltkriege über andere Völker gebracht haben. Wir erinnern uns an die Folgen dieser Kriege, in denen das deutsche Volk zuerst unter dem menschenverachtenden System des Nationalsozialismus lebte und danach eine mehr als 40 Jahre anhaltende Spaltung erlebte.

Der Überfall auf die Sowjetunion markierte im Zweiten Weltkrieg eine Kriegsstrategie, die nicht nur den Angriff und die Eroberung eines anderen Staates zum Ziel hatte, sondern auch die Ermordung und Versklavung seiner Bevölkerung. Der Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion zeigte ein kaum vorstellbares Ausmaß an Brutalität und hatte eine hohe Zahl von Kriegstoten zur Folge. Die Kriegsgefangenen der Sowjetunion zählten zu den größten Opfergruppen dieses Krieges, die finanziellen Entschädigungen durch die deutsche Regierung verliefen zögernd. Rings um unsere Hauptstadt findet man auf den Friedhöfen auch die kurzen Lebensdaten von Kindern von Zwangsarbeitern, vorwiegend aus der Sowjetunion. Der geplante Hungertod von fast einer Million Einwohnern Leningrads gehört zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ich bin Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die sich für die Vertiefung der Beziehungen zu den Menschen in den Nachbarstaaten der ehemaligen Sowjetunion einsetzt. Seit fünf Jahren begleite ich im Auftrag der Stiftung West-Östliche Begegnungen eine Veteranengruppe der Westgruppe der Truppen unter der Leitung ihres Präsidenten General-

oberst a.D. Terentjew, der vor 27 Jahren den russischen Truppenabzug aus Deutschland leitete. Der General wurde am 24. Juni 1941 geboren, begeht in wenigen Wochen seinen 80-jährigen Geburtstag. Er hat seinen Vater, der in den ersten Wochen des Krieges nahe Smolensk auf dem Schlachtfeld gefallen ist, nie kennengelernt.

Bei meinen Recherchen zu einem Teil seiner Biografie im Februar dieses Jahres suchte ich in meinen Unterlagen auch nach Fotografien gemeinsamer Begegnungen mit ihm in Berlin. Dabei stieß ich zufällig auf Fotografien, die mir zwar bekannt waren, aber deren Vermerke auf der Rückseite für mich längst verblaßt oder vergessen waren. Eines der Fotos zeigte einen jungen Mann, meinen Vater, in Fliegeruniform. Auf der Rückseite war vermerkt: Smolensk 1941.

Solche Erfahrungen und Erlebnisse gab es und gibt es immer wieder in den Familien unseres Landes. Und immer wieder werden Kinder, Enkel, Urenkel fragen: Warum ist es geschehen? Es gibt bis heute keine lebendige und offene Gedenkkultur im Deutschen Bundestag, die an die Schrecken und Leiden des Krieges gegen die Sowjetunion erinnert. Die Geschichte mahnt uns, die Erinnerung an die Jugend weiter zu geben und uns der Verantwortung dafür zu stellen.

BRIGITTE GROßMANN



ÖFFENTLICHE MANIFESTATION

So, 9. MAI 2021 18.00 Uhr

EHRENMAL DER GEDENK-

STÄTTE „SEELOWER HÖHEN“

Küsttriner Straße, Seelow

110 Barnim der 1000 e.V.  
1000 e.V. Barnimkreisverband  
Barnim und Umgebung  
Barnim Regionalgruppe Barnim  
1000 e.V. Barnimkreisverband  
1000 e.V. Barnimkreisverband

Martin-Gropius-Krankenhaus Eberswalde:

## Vertuschung von Rassismusverdacht?

Nach einem gemeldeten Rassismusverdacht am 9.11.2020 an die Verwaltungsdirektorin Petra Leiste der GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH erhielt ich am 13.11.2020 den Rückruf mit den Worten, daß man dem gemeldeten Vorfall nachgehe und man sich nach

Klärung bei mir zurückmelde. Seitdem sind nunmehr fast 6 Monate ins Land gegangen, ohne jegliche Rückmeldung. Da kommt der Verdacht auf, daß die GLG keinerlei Interesse an einer Aufklärung hat.

GUIDO PENZ

# Recht und Gesetz gelten im BAMF nur eingeschränkt

Anmerkungen zu Marieta Böttgers Erklärung vom 21.3.2021 (in BBP 4/2021, S. 8/9)

Man kann sich darüber streiten, ob die Wortwahl im Aufruf der Initiative »Barnim für Alle« eine angemessene Beschreibung des bundesdeutschen Asylsystems ist. Ich gebe aber zu bedenken, daß dieser Aufruf von unmittelbar Betroffenen stammt, deren Emotionen wir, die wir von den Maßnahmen des Flüchtlingsregimes nicht betroffen sind, wirklich zur Kenntnis nehmen und ernsthaft bedenken sollten.

Marieta Böttger stößt sich daran, daß der Aufruf von Barnim für Alle »dieses traurige Ereignis so darstellte, als wenn wir in einem rassistischen Regime leben würden, das die Geflüchteten in den Tod treibt.« Ihr ist insofern zuzustimmen, als wir, die deutschen Staatsbürger, die Einheimischen, die mit dauerhaft gesichertem Aufenthalt, nicht in einem rassistischen System leben. Wir haben mit dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) nichts zu tun, wir kennen die Ausländerbehörde nicht, wir waren niemals dort, jedenfalls nicht in eigener Sache. Wenn wir dort aufkreuzen, werden wir respektvoll behandelt. Aber es geht nicht um uns, sondern um die Schutzsuchenden.

Es gibt Alltagsrassismus und es gibt strukturellen Rassismus. Das BAMF wäre genauso wie bestimmte Polizeieinheiten auf strukturellen Rassismus hin zu untersuchen.

Daß der Suizid von SALAH TAYYAP im Zusammenhang mit seinem Aufenthalts- und Abschiebungsverfahren zu sehen ist, ist nicht zu bestreiten. Salah ist kein Opfer der Corona-Maßnahmen. Vielleicht gibt es irgendwo eine Aufstellung über Suizide von Geflüchteten in der Bundesrepublik. Mir ist keine bekannt, auch nicht in den vielen veröffentlichten Statistiken des BAMF.

Als ich einen leitenden Mitarbeiter des BAMF einmal auf das Problem der Suizidversuche und vollendeten Suizide von Geflüchteten im Asylverfahren angesprochen habe, hat er die Auskunft verweigert. Salah Tayyap ist nicht der erste und nicht der einzige Asylsuchende, der sich selbst getötet hat. Als Mitglied der Willkommensgruppe Joachimsthal habe ich in den letzten 6 Jahren allein von 3 Suizidversuchen, die im Zusammenhang mit drohenden Abschiebungen standen, erfahren.

In Berlin gibt es am Rand der Hardenbergstr., nur wenige Schritte vom Bahnhof Zoo entfernt, an dem Ort, an dem früher das Bundesverwaltungsgericht seinen Sitz hatte, einen Gedenkstein für KEMAL ALTUN. Er hat sich am 30.8.1983 in einer Verhandlungspause des Gerichtsverfahrens, in dem es um seine Auslieferung in die Türkei ging, aus dem Gebäude in den Tod gestürzt.

Marieta Böttger betont, »wir leben in einem Rechtsstaat, der nach Regeln und Gesetzen arbeitet«. Das trifft für sie und mich weitgehend zu, aber gilt das auch für die Schutzsuchenden? Wenn man einen Blick in die Prozeßstatistik



»CEMAL KEMAL ALTUN stürzte sich am 30. August 1983 als politischer Flüchtling hier aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts aus Angst vor Auslieferung in den Tod. Politisch verfolgte müssen Asyl erhalten.« Inschrift auf dem Gedenkstein am Rand der Hardenbergstraße in Berlin, in der Nähe des Bahnhofs Zoo. An diesem Ort hatte früher das Bundesverwaltungsgericht seinen Sitz. Kemal Altun sollte damals an die Türkei ausgeliefert werden.

des BAMF wirft, fällt einem auf, daß nahezu die Hälfte der Klagen gegen Ablehnungsbescheide des BAMF erfolgreich sind (SZ, 15.1.2018). Man muß sich das nur für einen anderen Verwaltungsbereich vorstellen. Nehmen wir einmal an, 50 % der Verwaltungsgerichtsverfahren, in denen die Verweigerung von Baugenehmigungen angegriffen wird, wären erfolgreich. Oder die Hälfte der Klagen gegen die Nichtzulassung zur Abiturprüfung hätten Erfolg? Die Reaktion der Öffentlichkeit wäre für die Amtsträger verheerend.

Beim BAMF ist das business as usual. Da kräht kein Hahn. Ulla Jelpke, MdB für die Linke, fragt regelmäßig die Prozeßstatistik beim Innenministerium ab. Pflichtgetreu erhält sie die deprimierenden Daten. Seit Jahren. Nachzulesen in den Protokollen des Bundestags. Die Mißstände sind bekannt, es ändert sich nichts. Rechtsanwalt Peter Fahlbusch aus Hamburg, der von 2001 bis 2019 insgesamt 842 Schutzsuchende vertreten hat, hat festgestellt, daß sich die rechtswidrig angeordneten Abschiebephafzeiten für seine Mandanten auf 60 Jahre addieren! (SZ, 28.1.2019) Ist das der Rechtsstaat, den Marieta Böttger im Kopf hat?

Hier wird nicht nach Recht und Gesetz entschieden, hier wird das Recht durch Amtsträger verletzt. Der wohlfeile Hinweis, daß die

Rechtsverstöße durch die Verwaltungsgerichte festgestellt und korrigiert worden seien, schafft die Tatsache, daß eine Bundesbehörde im großen Ausmaß gegen bestehende Gesetze und Verordnungen verstößt, nicht aus der Welt.

Der Grundsatz, daß Verwaltungshandeln an Recht und Gesetz gebunden ist, gilt im BAMF nur sehr eingeschränkt. Hier hat sich ein eigenes Soziotop entwickelt, in dem schamlos mit Textbausteinen für »rechtssichere Ablehnungen« jongliert wird, so daß schon mal falsche Namen oder Nationalitätsbezeichnungen in den Bescheid rutschen. Das konnte ich mehrfach feststellen. Respekt gegenüber den Menschen, die bei uns Schutz suchen, ist da nicht zu erkennen, hier werden Verwaltungsakte erledigt. Manchmal mit tödlichem Ausgang. Als Horst Seehofer, der Innenminister, seinen 69. Geburtstag feierte, da wurden 69 Afghanen nach Kabul abgeschoben. Einer der Abgeschobenen hat sich in Kabul das Leben genommen. Von Konsequenzen für die Bediensteten, die an der Organisation dieser geschmackvollen Geschenkidee beteiligt waren, hat man nie etwas gehört.

Es ist festzuhalten, daß das BAMF in vielen Fällen sich nicht an bestehendes Recht hält. Aber es ist auch zu fragen, was sind das für Gesetze und Verordnungen, die es zulassen, daß Schutzsuchende trotz jahrelanger Verfahren keinen gesicherten Aufenthalt erhalten? Was sind das für Gesetze, die das Aufenthaltsrecht eines Menschen aufspalten in Duldung, Gestattung, Niederlassung usw. und diese Entscheidung auch noch befristet? Welcher Geist ist hier prägend? In welcher Rechtstradition steht das deutsche Aufenthaltsrecht? Warum ist es so menschenfeindlich? Inzwischen leben mehrere hunderttausend Menschen ohne gesicherten Aufenthalt in der Bundesrepublik (vgl. *Petition des Komitees für Grundrechte und Demokratie: »Bleiberecht statt Ausgrenzung« zum 70. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes*).

Marieta Böttger räumt in ihrer Stellungnahme ein, daß die lange Dauer des Verfahrens von acht Jahren zu »hinterfragen« ist. Salahs acht Jahre dauerndes Verfahren ist kein Einzelfall. Die lange Dauer ist aber nicht Ausdruck einer besonders intensiven und gründlichen Prüfung. Sie ist Ausdruck der Überlastung der Verwaltungsgerichte. Und dies ist u.a. auch eine Konsequenz der rechtswidrigen Praktiken des BAMF. Es wäre gut, wenn eine unabhängige Kommission das Asylverfahren von Salah Tayyap prüfen würde, um Vorschläge zu einer menschenfreundlicheren Gestaltung der Verfahren zu erarbeiten.

Das Bewußtsein, daß Geflüchtete Rechte haben, daß ihnen mit Empathie zu begegnen ist, da sie, die alles verloren haben, in einer schwierigen Lage sind, ist in unserer Gesellschaft weitgehend abhanden gekommen.

## Ganzheitliche Ernährung (7)

Heute stelle ich Ihnen einen weiteren wichtigen Baustein für unseren menschlichen Körper vor: *Kohlenhydrate*. Sie bestehen aus Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff, immer im Verhältnis 1:2:1. Kohlenhydrate sind *nicht essentiell*, sie müssen also nicht zwingend mit der Nahrung aufgenommen werden. Der Körper kann im Rahmen der sogenannten *Glukoneogenese* Kohlenhydrate selber herstellen. Kohlenhydrate dienen als *Energief Lieferant*, so ist unser Gehirn auf Zucker in Form von Glukose angewiesen – Fett kann hierfür nicht verwendet werden – und als *Geschmacksstoff*.

Das bekannteste Kohlenhydrat ist *Zucker*. Zucker kommt als *Einfachzucker* z.B. in Früchten vor und ist ein sehr schneller Energief Lieferant, da diese Zuckerart sofort vom Körper aufgenommen werden kann. Wenn Sie also sofort Energie benötigen, dann ist z.B. Traubenzucker eine gute Wahl. Einfachzucker wird vom Körper schnell aufgenommen und verbraucht. Folge ist, daß Sie danach schnell wieder Hunger verspüren. *Zweifachzucker* ist z.B. der übliche Haushaltszucker. Er kommt in Milch oder Honig vor, natürlich in Süßigkeiten. Zweifachzucker muß der Körper in Einfachzucker spalten, um diesen verwerten zu können. *Mehrfachzucker* bestehen aus vielen Ketten von Einfachzuckermolekülen, sie sind in stärke- und ballaststoffreichen Lebensmitteln wie z.B. Getreide, Kartoffeln sowie in Wurzel- und Knollengemüse wie Möhren, Rettich, Kohlrabi, Rote Bete, Sellerie, Topinambur und Pastinaken enthalten. Der Körper muß hier einige Arbeit in Form von Zerlegung der Mehrfachzucker in Einfachzucker leisten. Daher steigt der Blutzuckerspiegel nur langsam. Diese Lebensmittel machen somit lange satt. Zucker beignet uns in über 40 unterschiedlichen Namen: Glucose, Fructose, Invertzucker, Maissirup, Vollmilchpulver, Trockenobst, Süßmolkepulver, Ahornsirup, Apfelsüße, usw.

Wir mögen Zucker. Schon unsere Vorfahren haben gelernt, daß diese Lebensmittel nicht giftig, sondern besonders genießbar und energiereich sind. Solange Zucker nur in geringen Mengen verfügbar war, gab es keinerlei gesundheitliche Probleme. Doch heute konsumieren wir Zucker im Übermaß. So empfiehlt die *Weltgesundheitsorganisation (WHO)* nicht mehr als 25 Gramm Zucker pro Tag zu sich zu nehmen, die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE)* sieht 50 Gramm Zucker pro Tag als absolute Obergrenze an. Der tatsächliche Verbrauch von Zucker in Deutschland liegt nach statistischen Erhebungen allerdings bei rund 100 Gramm pro Tag. Das bleibt nicht ohne *gesundheitliche Folgen*, so ist der weltweit rasante Anstieg von *Diabetes Typ 2* auf zuviel Zuckerkonsum zurückzuführen. Ein Übermaß an Zucker kann auch zu einer *Fettleber* führen, da überschüssiger Zucker in Form von Fett gespeichert wird. Weitere mögliche Folgen sind *erhöhter Blutdruck* oder *Fettleibigkeit (Adipositas)*.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

## Mobbing-Prävention in Brandenburg

*Rosa-schwarz-grüne Regierungskoalition zum Handeln gezwungen*

**Potsdam (bvb).** Seit Jahren setzt sich CARSTEN STAHL aktiv gegen Mobbing ein. Gemeinsam mit den Freien Wählern entstanden neben Aktivitäten vor Ort für den Landtag Brandenburg mehrere Anträge auf Präventionsmaßnahmen gegen Mobbing in Schulen und gegen Cybermobbing. Zudem benannten die Freien Wähler Carsten Stahl als anzuhörenden Sachverständigen zum Thema Mobbing.

Hierzu Carsten Stahl: »Nur auf unseren Druck und auf unseren Gesetzesantrag hin wurde endlich im Landtag über Mobbing gesprochen.«

Leider wurden jedoch alle Anträge von BVB/Freie Wähler Mitte 2020 durch die Regierungsfractionen SPD, CDU und Grüne abgelehnt. Selbst eine Überweisung in den Ausschuß verweigerten diese Parteien. Auch der Antrag Ende letzten Jahres auf Erhöhung der Anti-Mobbing-Mittel im Landeshaushalt wurde abgewiesen.

Umso größer ist die Verwunderung, daß die Anträge nun – eingereicht von genau diesen Parteien – in leicht abgewandelter Form wieder auf der Tagesordnung stehen. Von der Vorarbeit von Carsten Stahl und BVB/Freie Wähler liest man dabei jedoch nichts. SPD, CDU und

Grüne hatten angesichts dieses offensichtlichen Ideenklus leider auch nicht den Antrieb, die ursprünglichen Ideengeber zu fragen, ob diese Miteinreicher werden wollen.

Hierzu PÉTER VIDA, Vorsitzender von BVB/Freie Wähler: »Als ursprünglicher Initiator des Antrages im Landtag Brandenburg nehme ich mit großer Freude zur Kenntnis, daß die Regierungsparteien den Ernst der Lage erkannt haben und nun endlich ihre Blockadehaltung aufgeben. Das sind wir den Kindern und zahlreichen Opfern von Mobbing schuldig. Bedauerlich ist, daß dies fast ein Jahr auf sich warten ließ. Das Thema ist zu wichtig, um daraus parteipolitische Spiele zu machen.«

Auch Carsten Stahl kritisierte die unnötige zehntonatige Verzögerung: »Warum wurde dieser Antrag 2020 abgelehnt, obwohl allen Anwesenden bei der Anhörung klar war, daß gehandelt werden muß. Weil er von den Freien Wählern eingebracht wurde. Kinder- und Jugendschutz muß aber immer oberste Priorität haben und darf nicht aus Macht- und Politikinteressen blockiert und verhindert werden.«

Stahl und Vida hoffen nun, daß das Thema Mobbing-Prävention endlich deutschlandweit ernst genommen wird.

## 2021 zum sechsten Mal: Stadtradeln!

**Eberswalde (prest-ew).** Die Stadt Eberswalde nimmt in diesem Jahr das sechste Mal am Stadtradeln teil. Neu sind ein Fotowettbewerb, ein Schulwettbewerb und ein Ziel: gemeinsam die 100.000 Kilometer-Marke erreichen.

Spätestens ab 23. Mai heißt es daher wieder kräftig in die Pedale treten, Kilometer sammeln und damit etwas für den Klima- und Umweltschutz und auch die eigene Fitneß tun.

Aber wie funktioniert das Stadtradeln? Teilnehmen können alle, die in Eberswalde wohnen, arbeiten, eine Schule besuchen oder einem Verein angehören. Jede Radlerin und jeder Radler schließt sich bei der Anmeldung einem Team an oder gründet ein neues, welches aus mindestens zwei Personen bestehen muß. Alternativ steht das »offene Team« für alle zur Verfügung. Es muß natürlich nicht immer gemeinsam geradelt werden. Ob alleine oder im Team, jeder Kilometer zählt, egal wo er zurückgelegt wurde. Die Anmeldung ist ab jetzt unter [www.stadtradeln.de](http://www.stadtradeln.de) möglich. Wer über keinen Internetzugang verfügt, kann sich bei den Organisatoren im Stadtentwicklungsamt, Breite Straße 39, in der Rathauspassage melden.

»In Ergänzung zum Radfahrwettbewerb haben wir auch ein in Pandemiezeiten kleineres Radkulturprogramm zusammengestellt. Neu sind in diesem Jahr der Wettbewerb zwischen den Schulen und ein Fotowettbewerb unter dem Motto 'Radeln in und um Eberswalde', auf deren Ergebnisse wir sehr gespannt sind«, so Baudezernentin Anne Fellner. Der Schulwettbewerb richtet sich an Grund- und weiterführende Schulen. Die jeweils drei bestplatzierten Schulen erhalten eine Urkunde, Preisgeld und die zwei Siegerschulen

den Wanderpokal. Gewertet wird in der Kategorie Kilometer je schulangehöriger Person. Bei dem Fotowettbewerb winken den drei besten Einsendungen je ein Gutschein »Der Eberswalder« im Wert von 50 Euro.

Ergänzt wird der Wettbewerb um einen Tag der offenen Tür im EBERSWALDER VERKEHRSGARTEN in der Havellandstraße 15. Dort besteht die Möglichkeit, das Rad auf Verkehrstauglichkeit zu prüfen, es zum Diebstahlschutz kodieren zu lassen oder Kindern das richtige Verhalten im Verkehr beizubringen. In der Stadtbibliothek wird es wieder ein Themenspezial zum Radverkehr geben. Zum Abschluß bietet die ADFC-Regionalgruppe Eberswalde eine geführte Radtour mit rund 65 Kilometern Länge nach Liebenwalde und zurück an.

Damit sich das Mitmachen nicht nur für die Umwelt und das Klima lohnt, verlost die Stadt Eberswalde unter allen aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern zehn mit Fahrradequipment gefüllte Gepäcktaschen im Stadtradeln-Design. Das Team mit den meisten Kilometern gewinnt ein Grill-Erlebnis im Familiengarten – alles inklusive. Globus Naturkost spendiert dem Siegerteam dazu Grillgut im Wert von 50 Euro. Das zweit- und drittplatzierte Team erhalten je Teammitglied eine Flasche Radler.

Alle Termine mit Treffpunkt, Ansprechpartner und kurzer Beschreibung sowie weitere Informationen unter [www.stadtradeln.de/eberswalde](http://www.stadtradeln.de/eberswalde).

## Baumpflanzung zum Tag des Baumes

**Bernau (prest-ber).** Eine Ilex, auch Stechpalme genannt, verziert seit dem 23. April die Grünfläche vor dem Stadtgärtnerhaus im Bernauer Stadtpark. Rechtzeitig zum Tag des Baumes am 25. April haben Mitarbeiter der Firma Garten- und Landschaftsbau Brodmann den immergrünen Laubbau gepflanzt. Bürgermeister André Stahl und Marco Brandt vom städtischen Grünflächenamt griffen hierzu zum Spaten.

Mit der Wahl dieses Baumes werde ein Beitrag zur heimischen Biodiversität und zum geliebten Artenschutz geleistet, weiß das Stadtoberhaupt zu berichten. Die Blüten der Stechpalme dienen unseren Rathausbienen im Sommer hoffentlich als willkommene Nahrungsergänzung und ihre leuchtenden roten Beeren sind eine gehaltvolle Winterspeise für Vögel, ergänzt Marco Brandt vom städtischen Grünflächenamt. Die Stechpalme, auch Walddistel



Foto: Stadt Bernau

oder Christusdorn genannt, steht in Deutschland unter Naturschutz und wurde von der Dr. Silvius Wodarz Stiftung zum Baum des Jahres 2021 gekürt.

## Stadtverwaltung nutzt BARshare

**Eberswalde (bbp).** Die Pressestelle der Stadtverwaltung Eberswalde informierte am 8. März darüber, daß die Stadtverwaltung seit Januar 2021 für Dienstfahrten ihrer Beschäftigten den neuen und umweltfreundlichen Service der Kreiswerke Barnim, das E-Car-Sharing\* BARshare, nutzt.

Laut der Pressemitteilung sind wochentäglich feste Zeiten für die Stadtverwaltung gebucht (Mo-Do von 8-14.30 Uhr, Fr von 8-12 Uhr) für zwei Renault Zoe Z.E. 50. Außerhalb dieser Zeiten stehen die Fahrzeuge anderen BARshare-Nutzern zur Verfügung. Damit konnten zwei mit fossiler Energie angetriebene Dienstfahrzeuge, deren Betriebszeit abgelaufen war, ersetzt werden. Und die Fahrzeuge stehen außerhalb der Dienstzeiten für andere Nutzer zur Verfügung.

Über die Kosten der BARshare-Nutzung und einen Kostenvergleich mit den bisher genutzten konventionellen Angeboten wird in der Pressemitteilung nicht informiert. Eine entsprechende Frage im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen beantwortete die Stadtverwaltung wie folgt:

### 1. Welche Grund- und welche Verbrauch-/Nutzungskosten fallen bei der Nutzung des BARshare-Angebotes p.a. an?

Die fixen Kosten betragen im ersten Jahr der Vertragslaufzeit 9.696 Euro, im 2. Jahr voraussichtlich maximal 11.256 Euro. Die variable Höhe hängt mit dem Rabattsystem von BARshare zusammen, d.h., daß die Fixkosten abhängig von der Intensität einer Mitnutzung durch Dritte niedriger ausfallen können. Die variablen Kosten belaufen sich auf 0,10 Euro je Kilometer; sie betragen bei einer geschätzten Jahreslaufleistung pro Fahrzeug von je 5.600 km zusammen ca. 1.120 Euro pro Jahr.

### 2. Welche vergleichbaren Grund- und Verbrauchskosten p.a. fielen für die beiden abgelösten Fahrzeuge an?

Die Fixkosten für die beiden abgelösten Fahrzeuge betragen im Jahr 2019 zusammen 16.560 Euro. Die variablen Kosten beliefen sich auf 1.830 Euro.

### 3. Welche vergleichbaren Grund- und Verbrauchskosten p.a. wären bei der Nutzung von neuen fossil angetriebenen Fahrzeugen angefallen?

Vorzustellen ist hier, daß die Beschaffung von Fahrzeugen auch den Maßgaben des energie- und Klimaschutzkonzeptes vom 13.12.2013 unterliegt, wonach alternativ betriebene Fahrzeuge Vorrang genießen und unter diesen wiederum der Elektromobilität der Vorzug zu geben ist. Für die im Fuhrpark befindlichen hier maßgeblichen weiteren fossil betriebenen Fahrzeuge bewegen sich die Fixkosten zwischen 8.000 und 11.100 Euro je Fahrzeug jährlich. Die variablen Kosten liegen zwischen 1.800 und 2.700 Euro je Fahrzeug.

### 4. Welche vergleichbaren Grund- und Verbrauchskosten p.a. würden anfallen, wenn eigene oder konventionell geleaste Fahrzeuge mit Elektroantrieb oder vergleichbaren ökologisch nachhaltigen Antrieben genutzt würden?

Die Daten für das Jahr 2020 sind noch nicht ausgewertet, so daß Angaben für das 2019 in Dienst genommene hybrid (also vergleichbar ökologisch) betriebene Fahrzeug noch nicht gemacht werden können. Für das im Bestand befindliche Elektrofahrzeug fallen rund 7.000 Euro an Fixkosten zuzüglich rund 1.100 Euro variable Kosten jährlich an. Für ein zu leasendes elektromobil betriebenes Fahrzeug fallen je nach Anbieter und Modell ca. 1.200 Euro p.a. an Leasingraten an. Hinzu kämen u.a. die Verbrauchskosten für Strom in Höhe von geschätzt 500 Euro pro Jahr. Die Fixkosten würden sich auf geschätzt 4.800 Euro pro Jahr belaufen.

\* E-Car-Sharing = E-Auto-Teilen, bedeutet soviel, daß vorhandene Elektromobile von verschiedenen Nutzern genutzt werden können.

## Kein Streusalz auf Gehwegen

**Eberswalde (bbp).** Zum Abschluß des Winters hatte die sachkundige Einwohnerin in der März Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) angefragt, ob »im aktuellen Winter für die Abstumpfung von Gehwegen in der Stadt Eberswalde Streusalz zum Einsatz gekommen ist und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen, in wie vielen Fällen und wieviel Streusalz verwendet wurde.«

Die Antwort wurde schriftlich nachgereicht. Darin heißt es: »Die Stadt Eberswalde setzt generell Streusalz nur auf Fahrbahnen ein. Gehwege, Radwege, Treppen sonstige Flächen werden mit Streusand (Kies 0/4) gegebenenfalls mit etwas Granulat gestreut und abgestumpft. Nur in besonderen klimatischen Ausnahmefällen (z.B. Eisregen, Blitzeis) darf Salz als auftauendes Mittel eingesetzt werden. Dies ist aber in den letzten Jahren nicht vorgekommen. Bis jetzt haben wir Glatteis auf Geh- und Radwegen immer noch mit Kies abstumpfen können. Geregelt sind der Winterdienst und auch der Einsatz von Streumaterial in der Straßenreinigungssatzung § 6.

Im Winter 2020/2021 wurde kein Salz auf Gehwegen durch Mitarbeiter des Bauhofes eingesetzt. Sollten dennoch Gehwege mit Salz gestreut worden sein, kann es sich nur um Gehwege handeln, bei denen durch Anlieger bzw. Grundstückseigentümern Winterdienst durchgeführt wurde.«

## Aktivitäten auf Friedhöfen

**Eberswalde (prest-ew).** Auf den Eberswalder Friedhöfen gibt es auch während der Pandemie genügend Aktivitäten. So gibt es mit dem Rhododendronhain eine neue Grabart auf dem Waldfriedhof. Bei dieser handelt es sich um einen gut erreichbaren Platz zur Beisetzung von Urnen in einer natürlichen Waldumgebung in einem alten Rhododendronbestand. Die Grabstellen sind im Kreis um eine Holzstele angeordnet und es kann eine zweite Position in einem äußeren Radius reserviert werden. An der Holzstele kann ein individuell gestaltetes Namensschild angebracht werden.

Durch die Installation von neuen Hinweisschildern, das Anbringen von Hundkotbeutel spendern und einen Wickeltisch in der öffentlichen Toilette wurde zudem die Besucherfreundlichkeit des Waldfriedhofs verbessert. Im April 2021 wird dann auch wieder eine barrierefreie Trenntoilette bereitstehen. Auf dem Friedhof in Finow (Biesenthaler Straße) wurde das Wasserleitungsnetz modernisiert. Im Frühling werden zudem 80 trockenheitsresistente Bäume und Sträucher gepflanzt.

Derzeit sind auf den städtischen Friedhöfen Trauerveranstaltungen in der Trauerhalle mit bis zu 20 Angehörigen möglich, im Außenbereich können bis zu 50 Angehörige teilnehmen. Der Mundschutz muß getragen werden, die Abstände sind einzuhalten und die Bestatter führen Teilnehmerlisten.

Die Friedhofsverwaltung hat neue Telefonnummern: Herr Weber 64685, Frau Pieper 64686

Dies wird deutlich in der Sonderausgabe des »Munich Security Reports« der Münchner »Sicherheitskonferenz« von Oktober 2020, gesponsert von der Bundesregierung. Dort heißt es:

»Wir befinden uns inmitten einer weltpolitischen Zeitenwende, in der sich außenpolitische Gewißheiten der Bundesrepublik auflösen. Kennzeichnend für das neue Umfeld sind die Schwächung einer über Jahrzehnte aufgebauten internationalen Ordnung, der Aufstieg Chinas und die Rückkehr zu einer Machtpolitik, die sich über internationale Normen hinwegsetzt. Dazu kommen einschneidende Folgen des Klimawandels und ein rapider technologischer Umbruch.

Diese Tendenzen werden verschärft durch eine allmähliche Reorientierung der Vereinigten Staaten, die weiter zurückreicht als 2016. Washingtons relative Machtposition hat nachgegeben. Die USA sind heute weniger in der Lage, Garant der internationalen Ordnung zu sein, und weniger bereit, überproportionale Beiträge zu leisten. (...)

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 artikulierten führende Vertreter der Bundesrepublik das, was später als »Münchner Konsens« bezeichnet wurde: Deutschland sei bereit, international »mehr Verantwortung« zu übernehmen und wolle sich »früher, entschiedener und substantieller« engagieren. Sechs Jahre später läßt sich feststellen: Deutschland hat sein außen- und sicher-

Die Kommune habe gleich von vornherein anerkennen müssen, schreibt Friedrich Engels 20 Jahre nach der Pariser Kommune, »daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine«. Sie müsse die alte Unterdrückungsmaschinerie, die bisher gegen sie selbst eingesetzt wurde, beseitigen, sich aber zugleich sichern »gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten«.

Engels hat also schon 1891 mit einfachen Worten aufgeschrieben, woran der »reale« Staatssozialismus in Europa hundert Jahre später scheiterte und woran aktuell in der BRD die Partei Die Linke scheitert. Der Arbeiterklasse in den »realsozialistischen« Ländern bzw. den Linksparteimitgliedern fehlte und fehlt es an einer Sicherung »gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten«.

Daran scheiterte vor und mit dem 1. Weltkrieg schon die SPD. Aus der sozialistischen proletarischen Partei wurde ein Wahlverein zum Karrieremachen der »eignen Abgeordneten und Beamten«. Als diese 1918 dank der Novemberrevolution Regierungsmacht erlangten, schreckten selbige nicht davor zurück, mit »der alten Staatsmaschine« den Widerstand der Arbeiterklasse im Blut zu ersticken und damit dem Faschismus und dem eignen Untergang den Weg zu bereiten.

Im bisherigen Staat, schreibt Engels, hatte die Gesellschaft »zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung, sich eigne Organe geschaffen. Aber diese Organe, deren Spitze die Staatsgewalt, hatten

## Der Wille zu neuer BRD-Außenpolitik

**Die Ambitionen des BRD-Imperialismus entwickeln sich in Einigkeit und in Konkurrenz einerseits zu den USA, aber auch zu den europäischen Verbündeten und Konkurrenten. Das findet sich auch in der EU, die zum einen Instrument der Konkurrenz zu den USA und seit dem Brexit zu Großbritannien ist, aber zugleich Austragungsort der Konkurrenz mit dem französischen Imperialismus.**

heitspolitisches Engagement in vielen Bereichen verstärkt. Es hat an internationalen Brennpunkten – zum Beispiel im Fall des russisch-ukrainischen Konflikts – eine Führungsrolle übernommen. Es hat seine Ausgaben für Verteidigung seit 2014 um etwa 40 Prozent erhöht. Es beteiligt sich an militärischen Operationen im Rahmen von VN, EU und NATO und ist mit militärischen Kräften an der Ostflanke des Bündnisses präsent. (...) Und doch bleibt das deutsche Engagement nicht nur hinter den Erwartungen zurück, die die wichtigsten Partner an Deutschland herantragen. (...) Was bislang fehlt, ist ein von der politischen Klasse getragener Wille zu einer neuen deutschen Außenpolitik, die ein »souveränes Europa« erst möglich macht. Die erste Aufgabe besteht in der Stärkung der EU und der Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit. Dafür muß Deutschland von einer Status-quo-Macht zu einer »enabling power«, einer »Möglich-Macher-Macht« werden. (...) Eine deutsche Führungsrolle ist Voraussetzung für Europas Handlungsfähigkeit in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik.«

Man kann den Strategen der herrschenden Klasse kaum vorwerfen, daß sie nicht offen formulieren, um was es geht. Dieser Kurs erfordert aber nach innen eine Verschärfung der Ausbeutung. Für innerimperialistische Konkurrenzkämpfe und für die Festigung der Führungsrolle müssen ökonomische Ressourcen zur Verfügung stehen, die Rüstungsausgaben müssen steigen, und zumindest indirekt, also über die nukleare Teilhabe oder über ein Arrangement mit dem französischen Imperialismus, soll der Zugriff auf Atomwaffen in Aussicht stehen. Dabei kommt dem Modernisierungsprogramm für die Luftwaffenflotte, also der geplanten Anschaffung von 93 Eurofighter und 45 F-18-Bombern, von denen wiederum mindestens 30 mit Atomwaffen bestückt werden können, eine zentrale Bedeutung zu.

PATRIK KÖBELE

Aus einem Vortrag zum Thema »Reaktionärer Staatsumbau?! – Anforderungen an Strategie und Taktik – Bundestagswahlen 2021«, den Patrik Köbele auf der Tagung des DKP-Parteivorstandes am 28./29.11.2020 in Essen hielt. Teil 5 und Schluß.

Den ganzen Staatsplunder von sich abtun (1):

## Vor 150 Jahren: Die Pariser Kommune

»Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.«

Friedrich Engels: Einleitung zu »Der Bürgerkrieg in Frankreich« von Karl Marx, 3. Auflage 1891, in: MEW 22, Dietz-Verlag, Berlin 1972

sich mit der Zeit, im Dienst ihrer eignen Sonderinteressen, aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt.« Als Beispiel blickt Engels auf die USA mit den zwei abwechselnd herrschenden Parteien der Republikaner und Demokraten, wo die Nation ohnmächtig ist, »gegen diese angeblich in ihrem Dienst stehenden, in Wirklichkeit aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Politikern«.

Die Pariser Kommune wandte »zwei unfehlbare Mittel« gegen diese bislang »unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus

Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft«. Die Kommune besetzte erstens »alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinen Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfangen.«

Der Staat ist letztlich »nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre ... und im besten Fall ein Übel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten es ebensowenig wie die Kommune umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.«

Dem neuen im »Realsozialismus« herangewachsenen Geschlecht gelang es schließlich vor 30 Jahren, den ganzen »realsozialistischen« Staatsplunder von sich abzutun. Allerdings zum Preis, sich den alten kapitalistischen Staatsplunder wieder überzuhelfen. Irgendwas war da wohl falsch gelaufen...

GERD MARKMANN



Die Abgeordneten und Beamten der Kommune erhielten Arbeiterlohn und waren jederzeit abwählbar. (Zeichnung aus Jean Villain: Die großen 72 Tage)

## »Deutschlands unsterblicher Sohn«

»Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.« Diese Worte von Ernst Thälmann gingen in die Geschichte ein. Am 16. April begingen wir seinen 135. Geburtstag.

Ernst Thälmann war ein unermüdlicher Kämpfer für Frieden und die Rechte der Arbeiterklasse. 1886 in Hamburg geboren, arbeitete er nach 7 Jahren Volksschule im Gemischtwarenladen der Eltern und gelegentlich als Hafendarbeiter, Heizer und Kutscher. 17jährig trat er in die SPD ein.

Nach seinem Einsatz als Soldat im ersten Weltkrieg wechselte Ernst Thälmann in die USPD. Nach der Novemberrevolution 1918 vertrat er seine Partei im Hamburger Stadtparlament. Unter den Arbeitern war er sehr beliebt. Begeistert vom Sieg der Revolution in Rußland, setzte er sich für den Anschluß seiner Partei an die Komintern (Kommunistische Internationale – Weltverband der kommunistischen Parteien mit Sitz in Moskau) ein. Doch in der USPD herrschte zu diesem Thema keine Einigkeit und Ernst Thälmann schloß sich im Dezember 1920 mit 350.000 USPD-Genossen der KPD und Komintern an. Er konnte darauf sehr stolz sein.

Im Laufe der kommenden Jahre entwickelte sich Ernst Thälmann zu einem herausragenden Arbeiterführer. 1923 bereitete er mit den Erfahrungen der Bolschewiki die Revolution in Deutschland vor. Doch die KPD-Zentrale sagte den geplanten Aufstand kurzfristig ab. Allerdings gelangte die Nachricht nicht mehr bis Hamburg. So blieb der Hamburger Aufstand isoliert und die Aufständischen zogen sich nach drei Tagen erfolgreichem Abwehrkampf gegen die Schupo-Übermacht unter Thälmanns Leitung geordnet zurück. Nach einer Phase der Illegalität übernahm Ernst Thäl-

mann dann im September 1925 den Vorsitz der KPD und des Rot-Front-Kämpferbundes.

Auf der ZK-Tagung in Ziegenhals (bei Berlin) am 7. Februar 1933 forderte er die Einheitsfront aller Nazigegner, um die Etablierung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Doch die Querereien zwischen den linken Kräften hatten zu lange gedauert. Dadurch kam Hitler mit der NSDAP an die Macht.

Hitler schob den Reichstagsbrand in der Nacht zum 28. Februar 1933 den Kommunisten in die Schuhe und ließ daraufhin Tausende von ihnen verhaften. Auch Ernst Thälmann wurde eingesperrt und von der Gestapo mehrfach verhört und dabei schwer mißhandelt.

Elf Jahre dauerte Thälmanns Leidensweg. Seine große Popularität schützte ihn lange Zeit vor der Hinrichtung. Aber nach dem Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 erhielt Himmler den Auftrag, Ernst Thälmann zu exekutieren. Am 17. August wurde Ernst Thälmann in das Konzentrationslager Buchenwald verlegt. Am 18. August wurde er dort hinterrücks ermordet und seine Leiche sofort im Krematorium verbrannt.

Die deutsche Arbeiterklasse verlor mit Ernst Thälmann ihren hervorragenden Arbeiterführer. Ihm zu Ehren entstand das Lied »Heimland, reck deine Glieder...«.

Der Kampfgeist Ernst Thälmanns soll für uns Deutsche Vorbild und Verpflichtung – und seine Taten in Zukunft für uns wegweisend sein. Entwickelt jetzt Aktivität – für den Frieden ist es nie zu spät.

KORNELIA LUBKE & NORBERT GLASKE

## Mahnung und stiller Protest

Gedenken an die durch Corona verstorbenen Panketaler Bürgerinnen und Bürger

Am Montag, den 26. April, setzen wir um 19 Uhr ein Zeichen gegen die Verharmlosung der Corona-Pandemie, die zeitgleich vor dem Panketaler Rathaus zelebriert werden soll.

In stiller Trauer gedenken wir der 14 Panketaler Bürgerinnen und Bürger, die im Verlaufe dieser Pandemie ihr Leben wegen Corona verloren. Unsere Gedanken schließen die bislang insgesamt über 530 bestätigten infizierten Panketalerinnen und Panketaler ebenso ein. Für die Verstorbenen entzünden wir jeweils ein Grablicht und wollen anschließend gemeinsam schweigen.

Nicht schweigen wollen wir, wenn sich Verharmloser und selbsternannte »Corona-Rebellen« unter zweifelhafter Auslegung des Grundgesetzes dafür einsetzen, alle Maßnahmen sofort zu beenden und die »Verantwortlichen (ähnlich dem Corona-Untersuchungsausschuß) zur Rechenschaft zu ziehen«. Allein diese Zeilen zeigen, wessen Geistes Kind die angeblichen Bewahrer der Grundrechte sind!

Bei aller möglichen und nötigen Kritik an einzelnen Maßnahmen der Regierungen – die Annahmen, wir lebten in einer »Corona-Diktatur« und würden durch eine zensierte Presse im staatlichem Auftrag manipuliert, macht einen Dialog mit den Menschen hinter diesem Protest nur schwer möglich.

Unseren stillen Protest wollen wir nicht zu einer Demonstration werden lassen! Wir möchten auch nicht dazu aufrufen, in Massen an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wir möchten lediglich zeigen: Wir lassen uns von lautstarken SchwurblerInnen nicht vereinnahmen.

PS: Viele der Teilnehmer engagieren sich seit Monaten ehrenamtlich in der »Coronahilfe Panketal«, organisieren z.B. Taxi-Fahrten für gebrechliche Senioren zu den Impfzentren oder helfen beim Schnelltest im Impfzentrum am Genfer Platz oder anderswo. Solidarität leben statt Egoismus – DAS ist unsere Devise!

THORSTEN WIRTH,

Wählergruppe »Gemeinsam in Panketal« (GiP)

## Verstörende Frucht

Am 24. April 2018 wurde das National Monument for Peace and Justice in Montgomery/Alabama von der Equal Justice Initiative nach jahrelanger Forschungsarbeit eröffnet. Das Monument dokumentiert die Unterdrückung und Gewalt gegen Afroamerikaner in den USA von der Sklaverei bis zur Gegenwart.

Es enthält ein Stelenfeld von 800 Stelen mit den Namen der 4.400 Opfer der Lynchmorde in den USA seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts. Für jedes County, in dem Lynchmorde nachgewiesen werden konnten, gibt es eine Stele, auf der die Namen der Opfer, das Datum und der Ort des Verbrechens verzeichnet sind.

(Homepage: [museumandmemorial.eji.org](http://museumandmemorial.eji.org))

### Strange Fruit (Abel Meeropol, 1937)

*Southern trees bear a strange fruit,  
Blood on the leaves and blood at the root,  
Black bodies swingin' in the Southern breeze,  
Strange fruit hangin' from the poplar trees.*

*Pastoral scene of the gallant South,  
The bulgin' eyes and the twisted mouth,  
Scent of magnolias sweet and fresh,  
Then the sudden smell of burnin' flesh.*

*Here is a fruit for the crows to pluck,  
For the rain to gather, for the wind to suck,  
For the sun to rot, for the tree to drop,  
Here is a strange and bitter crop.*

### Verstörende Frucht

*Bäume des Südens tragen verstörende Frucht  
Blut auf den Blättern und Blut auf der Wurzel  
Schwarze Körper schwingen in südlicher Brise  
Verstörende Früchte hängen an den Pappeln*

*Idyllische Szene im stolzen Süden  
Hervorquellende Augen, ein verzerrter Mund  
Der Duft der Magnolien süß und frisch  
Plötzlich der Geruch verbrannten Fleisches*

*Dies ist eine Frucht, die von Krähen zerrissen  
Vom Regen gewaschen, vom Winde verweht  
von der Sonne gebleicht, vom Baum fallen wird,  
eine verstörende bittere Frucht*

### Ein Kartengruß aus den Südstaaten\* Für Abel Meeropol (Lewis Allan)

*Dieses Foto traf Abel Meeropole  
mit voller Wucht  
am Baum des Südens  
die bittere Frucht*

*Schwarze Körper, geschändet  
hängend vom kahlen Geäst  
bei Wind, Sonne und Regen  
den Krähen ein Fest*

*Im idyllischen Süden  
dem stolzen Land  
blickt frech in die Linse  
die mordende Hand*

\*Das Foto von Lawrence Beitler, in Tausenderauflage als Kartengruß verkauft, zeigt zwei schwarze Gefangene, Thomas Ship und Abram Smith, die 1930 von einem weißen Mob in Marion, Indiana gewaltsam aus dem Gefängnis geholt und gelyncht worden waren. Dieses Foto regte Abel Meeropol (1903-1986) zu Text und Melodie von „Strange Fruit“ (1937) an.

Mit den U-Booten ist er zweimal untergegangen, konnte sich aber retten. Für ihn war der Krieg zu Ende, als er in belgische Kriegsgefangenschaft gelangte. In Belgien mußte er unter Tage in einem Steinkohlebergwerk arbeiten. Auch hier hatte er Pech. Er wurde im Bergwerk verschüttet, und kam erst nach einiger Zeit wieder frei. Diese Ereignisse hinterließen Spuren an seiner Gesundheit und auch an seinem Charakter.

Er war dünn und von mittelgroßer Statur. Beim Gehen zog er leicht das rechte Bein hinter sich her. Er wohnte irgendwo zwischen Karl-Marx-Platz und Platz der Freundschaft. Man sah ihn fast täglich, begleitet von einem recht dicklichen schwarzen Langhaardackel. Mit diesem Langhaardackel wurde er immer auf dem Weidendamm oder auf dem Rentnersteg, das war die Parkanlage, auf der das heutige Volksbankgebäude steht, gesehen.

Zu seiner Zeit gab es noch einigermaßen gepflegte Parkanlagen, in denen sich die ältere Bevölkerung kurzzeitig erholen konnte. Auf dem Weidendamm wurden dann meistens mittags die neuesten Nachrichten von den Rentnern ausgetauscht. Die Präsenz der Rentner speziell über Mittag und in den Abendstunden auf dem Weidendamm, der offiziell als Hans-Ammon-Park bezeichnet wurde, den aber keiner der Rentner so nannte, verhinderte auch Vandalismus, obwohl sich viele Jugendliche abends »am Stein« trafen.

Es waren mitunter recht vielseitige Persönlichkeiten unter den Weidendammrentnern, die gelegentlich auch mit anderen Werkträgern, die den Weidendamm durchquerten, ins Gespräch kamen. Beispielsweise mit dem Personal der wissenschaftlichen Institute, die mittags die ehemalige Forstmensa aufsuchten.

## BBP als Geschenkabo

Vor knapp zwei Jahren haben wir die Möglichkeit offeriert, mittels Geschenk-Abos ganz praktisch an der Weiterverbreitung unserer unabhängigen Leserzeitung mitzuwirken. Inzwischen ist das zweite Dutzend voll. Dabei hat sich insbesondere der Initiator der Geschenk-Abo-Aktion Sven Weller engagiert. Er beschenkt vor allem soziale Begegnungsstätten und Seniorenheime in Eberswalde, Schorfheide und in den Ämtern Joachimsthal, Britz-Chorin-Oderberg und Biesenthal-Barnim. Eine der von Sven Weller als erste mit solch einem Geschenk-Abo versorgte Einrichtung im Schorfheider Ortsteil Altenhof hat inzwischen das Geschenkabo in ein eigenes reguläres Abo mit 10 Exemplaren umgewandelt.

Zur Vereinfachung haben wir nun (endlich) unser Bestellformular angepaßt. Adressaten Ihres Geschenk-Abos können Verwandte, Freunde, Bekannte oder eben auch bestimmte Einrichtungen sein, wo Sie meinen, daß es gern gesehen ist, wenn dort die »Barnimer Bürgerpost« ausgelegt wird (Seniorenheime, Vereine, Arztpraxen u.v.m.).

BBP-Redaktion

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 9):

## Werner der Seemann

**Werner der Seemann war kein Seemann. Bevor er Rentner wurde, arbeitete er im Raw »8. Mai« Eberswalde, und wurde von seinen Arbeitskollegen so genannt. Er ist nie zur See gefahren, diente aber in der faschistischen Kriegsmarine auf U-Booten.**

Auch der Pfarrer Erich Schuppan, der seinen Hund auf dem Weidendamm ausführte, kam mit den Rentnern ins Gespräch.

Aber wie schon erwähnt, war Werner auch nicht mehr den Umgangsformen im öffentlichen Verkehr so ganz gewachsen. Oft verhinderte sein Dackel, ein extrem friedliches Exemplar seiner Rasse, sogar Schlimmeres, wenn er wieder einmal bei Rot die Straße überquerte und Kraftfahrzeuge seinetwegen bremsen mußten. Manchmal bockte in so einem Fall der Dackel und betrat nicht die Straße.

Werner wurde immer mehr zum Adrenalinjunkie. Zu all seinen gesundheitlichen Einschränkungen kam mit den Jahren noch Diabetes. Wegen der damit einhergehenden Unterzuckerung mußte er oft von der Straße weg ins Kreiskrankenhaus eingeliefert werden. Dort erweckte man ihn wieder zum Leben. Natürlich dauerte es einige Zeit, bis seine Ehefrau vom Kreiskrankenhaus informiert wurde. Als diese dann in großer Besorgnis im Krankenhaus ankam, lief ihr Werner meistens schon freudestrahlend entgegen und wollte von ihr wissen, warum er im Krankenhaus sei. Dort war er so schon bekannt.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu seinem Dackel. Werner versuchte mehrfach, sich das Rauchen abzugewöhnen. Ein berühmter Schriftsteller sagte einmal: »Nichts ist einfacher als sich das Rauchen abzugewöhnen, ich habe es schon vierzigmal geschafft«. Wenn man einmal

Raucher war, dann ist die Versuchung groß, wieder zur Kippe zu greifen, speziell wenn bei den Rentnerkumpels mittags auf dem Weidendamm die Zigarettenschachtel reihum ging. Von seiner Frau durfte sich Werner nicht erwischen lassen. Also rauchte er heimlich, wenn er mittags den Dackel ausführte.

Nun begab es sich an einem klirrend kalten und sehr trockenem Wintertag, daß Werner, eine Streichholzschachtel mitführte – denn das allein ließ ja bei seiner Ehefrau keine Rückschlüsse auf ein mögliches Rauchverhalten zu. Schließlich entzündete er ein Streichholz, um eine Zigarette zu schmauchen. Das achtlos weggeworfene Streichholz brannte noch, als es nun den Weg des Dackels kreuzte. Der Dackel lief über das brennende Streichholz und stand plötzlich in Flammen. Zum Glück für den Dackel brannte nur das recht zottige Fell an den beiden Vorderläufen ab. Natürlich stank der Dackel. Ob das abgesenkte Fell an den Vorderläufen als Schadereignis von seiner Ehefrau wahrgenommen wurde, ist nicht bekannt. Vielleicht war es sogar von Vorteil, denn bei dem bald einsetzenden Tauwetter schleppt so ein Langhaardackel eine Menge Streusand im Fell mit, was für ordentlich Dreck in der Wohnung sorgt.

Nach der Öffnung der Staatsgrenze am 9. November 1989 verschwand Werner aus dem Stadtbild in Eberswalde.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Geheimtipp:

## (Justin) Bieber in der Schorfheide



Für die Verbreiterung und Vertiefung der Oder-Havel-Wasserstraße finden derzeit zwischen der Clara-Zetkin-Siedlung und Marienwerder massive Baumaßnahmen statt. Da der Abschnitt bis zur Finowfurter Brücke annähernd abgeschlossen ist, begannen nun die Vorbereitungsarbeiten entlang der Zufahrt Richtung Naturfreundehaus und dem Campingplatz »An den Röthen«. Zwischen dem Kanal und der Straße wurden deshalb alle Bäume und Gehölze entfernt. Dabei wurde die bisher unbekannte Unterkunft von (Justin) Bieber entdeckt und frei gelegt. Daß keiner sie verfehlen kann, wurde extra ein Schild aufgestellt! Wer also Zeit und Lust hat, ihn persönlich beim Verlassen seiner Behausung zwecks Nahrungssuche und Baumaterialbeschaffung für die Unterkunftserweiterung zu begegnen, findet sicher einen guten Beobachtungsplatz.

Hoffen wir, daß die Verantwortlichen ihr Handwerk bzgl. Wasserstraßenbau besser beherrschen als die deutsche Rechtschreibung.

Die Lauterbäche

# Wieder was gelernt...

In unserer MOZ am 06.04.2021 war auf Seite 9, der Kinderseite, ein Beitrag über LEBEN IN UNFREIHEIT. Dort fand sich auch ein Vergleich von DDR mit Nazideutschland. Abgesehen davon, daß die Definition der Diktatur an sich auf dieser Seite schon nicht zur DDR gepaßt hat und dann natürlich nur noch aktuelle Diktaturen wie Nordkorea, Syrien, Rußland und Belarus als Beispiele dafür angeführt wurden, finden wir diesen Vergleich Hitlerdeutschland - DDR einfach furchtbar. daß man das dann auch noch in der regionalen Tagespresse für Kinder abdruckt – unkommentiert aus dem Westen übernommen – macht alles noch schlimmer.

Wir haben uns ziemlich ärgerlich an die MOZ und auch an die Kruschel-Redaktion der VRM (Rhein-Main-Mittelhessen-Region) gewandt. Wir schrieben: »... Sie stellen hier unkommentiert 'Die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler und die Deutsche Demokratische Republik' gegenüber. Wie können Sie die geschätzten 75 Millionen Todesopfer des 2. Weltkrieges mit der DDR vergleichen!? Mal abgesehen davon, daß unter der Überschrift die Diktatur damit definiert wird, daß es '... auch keine verschiedenen Parteien und erst recht keine Wahlen' gibt und '... wenn ein einzelner Mensch ganz allein über die Politik bestimmt', ein sogenannter 'Machthaber'. Wir haben in dieser 'Diktatur DDR' gelebt und können das Vorgeannte nicht bestätigen. Viel mehr Anlaß zum Entsetzen gibt es jedoch bei dem Vergleich Hitlers Nationalsozialismus und die Deutsche DEMOKRATISCHE Republik.



Bitte erläutern Sie uns näher, aufgrund welcher Daten und Fakten Sie diesen Vergleich begründen bzw. warum wir anhand dieses Beitrages nicht den Eindruck haben sollten, daß sie beides in einen Topf werfen.«

Immerhin hat die Kruschel-Redaktion geantwortet. Sie beruft sich natürlich auf die allgemeine Definition der Diktatur DDR, wie sie von der BRD vermittelt wird. (Erschreckend!):

»... Gleichwohl möchte ich dem Vorwurf widersprechen«, schreibt Eva Fauth von der Kruschel-Redaktion. »Tatsächlich steht auf dieser Seite nichts Falsches und daß die DDR eine Diktatur war, findet sich so in den Geschichts- wie

## Geschichtsfälschung und Völkerhaß

So werden bereits die Kinder durch die Märkische Oderzeitung (MOZ) mit Geschichtslügen und Völkerhaß geimpft. Neben der unsäglichen Gleichstellung von DDR und faschistischem Reich wird das Feindbild bereits früh gepflegt.

Schulbüchern heute und wird den Kindern auch so vermittelt und erklärt.« Sie verweist dabei auf die Website der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.hanisauland.de/node/1636](http://www.hanisauland.de/node/1636)).

»Allerdings ist es natürlich verständlich«, schreibt Eva Fauth weiter, »daß vor allem Menschen, die in der DDR gelebt haben, die DDR nicht in einem Atemzug mit dem nationalsozialistischen Deutschland genannt sehen wollen. Das hätte man in zwei Textkästen besser getrennt erklärt.« Schließlich schreibt sie auch den Grund für ihr Verständnis auf: »Ich hoffe, Sie bleiben Ihrer Zeitung und der Kinderzeitung dennoch gewogen«.

Es bleibt die falsche Diktatur-Definition auf der Kinderseite »... auch keine verschiedenen Parteien und erst recht keine Wahlen«, wozu die DDR ja dann nicht wirklich paßt.

Wieder was draus gelernt, denn der Verweis auf die Website der Bundeszentrale für politische Bildung hat uns mal wieder die ostdeutschen Augen geöffnet. Mit der Geschichtsaufarbeitung hatten wir uns noch nicht so befaßt. Sind wahrscheinlich Nachwirkungen der Diktatur des Proletariats, was uns den Blick auf die gewonnene Freiheit in unserer heutigen »Demokratie« so verschleiert. Die Demokratie im Dannenröder Wald fanden wir besonders beeindruckend!

TORALF und SYLKE KÖHN

Vor 75 Jahren Vereinigung von KPD und SPD zur SED:

## Miterlebt – mitgelebt

Wenn die ersten 12 Lebensjahre in einem kleinen brandenburgischen Dorf mit junkerlich geprägten Gesellschaftsstrukturen komplett in die Zeit der Nazidiktatur fielen, dann haben sich Ereignisse, die sich fast datums-genaue auf die Abschaffung dieses abscheulichen Systems abspielten, tief in das Bewußtsein des jungen Menschen eingeschliffen.

Nach 14-tägigem Miterleben der Front in einer zur Festung erklärten Stadt, dem ich zum Glück unbeschadet entkommen konnte, stellte sich mit dem Einrücken der Roten Armee der schockartige Übergang zu einem neuen Lebensabschnitt ein. Kaum hatten wir anfangs den Eindruck einer Befreiung. Aber das änderte sich sehr schnell. Dafür setzte das sofortige Eingreifen der sowjetischen Militäradministration (SMAD) in die Lebensabläufe der Einwohner überzeugende Maßstäbe.

Die Einflußnahme begann mit der Einbeziehung noch vorhandener deutscher fortschrittlich denkender Bürger zur Überwindung der noch massenhaft anzutreffenden Denkweisen alten reaktionären Stils. Das Potsdamer Abkommen von 1945 gab den wesentlichen An-

stoß. Mit »Junkerland in Bauernhand« wurden die schlimmsten sozialen Probleme angepackt, um Arbeit und Brot für das Weiterleben sicherzustellen. Als junger Mensch war ich begeistert von der Herangehensweise der Militärbehörden. Gern ging ich mit zu den Versammlungen der Kommunisten, Sozialdemokraten und weiteren progressiven Menschen im Dorf. So war es auch kein Wunder, daß ich unter den Fittichen meines Großvaters (Papa), bei dem ich meine Kindheit verlebt habe, sehr schnell um die neue politische Situation erfuhr. Erstmals lernte ich die Namen antifaschistischer Kämpfer kennen, deren Erwähnung während der Nazizeit die Festnahme und Abtransport ins KZ hätte bedeuten können. Ich verstand auch sehr schnell, daß nur das Zusammenwirken der bisher sozial Unterdrückten die Basis für eine neue gerechtere Gesellschaft sein konnte.

Das Frühjahr 1946 war der Beginn des sozialistischen Frühlings. Die einst verhaßte »Goebbelschnauze« (Radio) ließ uns 21. April 1946 um die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD zur SED wissen. An den folgenden Tagen erfuhren wir aus der Presse vom

Jubel (und auch Skepsis bei einigen Schüchternen) über den Handschlag Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls, daß sie diesen als äußeres Symbol des Abzeichens für die neue Partei ausgewählt haben.

Kurze Zeit später, zu den ersten Wahlen für demokratische Volksvertretungen, erfuhr die SED großen personellen Zulauf und erhielt auch bei uns im Dorf die große Mehrheit der Stimmen. Ich beschloß im Stillen für mich, auch Mitglied dieser Partei werden zu wollen. Aber mit erst 13 Jahren?

Es vergingen noch 9 Jahre bis zum Eintritt. In der Dorfgruppe der FDJ, die wir gemeinsam mit unserem Junglehrer bald gründeten, fand ich meine politische Heimat. Der Direktor der EOS Rathenow unterwies mich in Marxismus-Leninismus.

Beim Landesverband der DKP Brandenburg bedanke ich mich an dieser Stelle für die Glückwünsche zum Jubiläumstag: »Wir danken Dir, daß Du zusammen mit anderen Genossinnen und Genossen in den Reihen der SED Deinen Beitrag für ein Deutschland geleistet hast, vor dem die Völker nicht erlebten wie vor einer Räuberin. Die Betriebe den Arbeitern. Das Land den Bauern. Den Staat dem werktätigen Volk. Ihr habt gezeigt: Vereint ist es möglich. Das bleibt!«

HELMUT BRAUNSCHWEIG

# 1. Mai 2021 – Nicht abgesagt

Mit Abstand und unter Einhaltung der Hygieneauflagen werden wir unseren Kampftag feiern und nicht nachlassen bei unseren Forderungen nach guter, mitbestimmter Arbeit und einer bunten, offenen Gesellschaft. Trotz der aktuellen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie halten die Gewerkschaften in Ostbrandenburg daran fest, den Kampf- und Feiertag der Werktätigen auf die Straße und in die Köpfe der Menschen zu bringen. Wenn auch sehr eingeschränkt, gibt es in **Eberswalde Aktionen und Kundgebungen am 1. Mai**

**von 10.30 Uhr bis 13 Uhr vom Karl-Marx-Platz bis zum Marktplatz.**

Die Pandemie hat viele Branchen schwer getroffen. Es ist absehbar, daß in einigen Bereichen nichts mehr sein wird wie früher. Aber da, wo DGB, Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte ihren Einfluß durch Mitbestimmung durchsetzen konnten, ist die Bilanz beachtlich: Kurzarbeit hat Massenentlassungen verhindert – Jobs, Firmen und Beschäftigung wurde gesichert.

EVELYN BERGER,

DGB-Region Ostbrandenburg



## Halb wahr ist ganz gelogen

Kürzlich war ich beruflich unterwegs und mußte ein paar Minuten im Pausenraum eines Geschäftspartners warten. Im Radio lief einer der Sender, die rund um die Uhr alle Hits aus den 70ern, 80ern, 90ern und so weiter dudeln. Dann kamen die 8-Uhr-Nachrichten.

Als Neuigkeit wurde vermeldet, US-Präsident Biden habe den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan bis zum 11. September 2021 verkündet, dem sich – unter Zwang – auch die NATO-Partner inclusive der BRD anschließen. Die afghanische Regierung habe protestiert, hieß es, und die Frauen in Afghanistan fürchten sich. Die Taliban hätten schon reagiert und frohlockend über den Abzug der NATO-Streitmacht mit Krieg gedroht.

Soweit die Radiomeldung, die tatsächlich Wahrheiten wiedergibt. Allerdings nur einen Teil davon. Nicht vermeldet wurde, daß Bidens Vorgänger Trump mit den Taliban ein Abkommen geschlossen hatte. Ein Abkommen, das den Abzug aller US- und NATO-Truppen bis zum 1. Mai vorsieht. Die aktuelle Ankündigung von Biden zum Truppenabzug bis zum 11. September ist also in Wahrheit keine Abzugsankündigung, sondern die Ankündigung, den Abzug – entgegen der Vereinbarung – um gut vier Monate zu verschieben. Die Taliban hatten das schon vorab nicht zu unrecht Vertragsbruch genannt, der die »Probleme verschärft«.

Wer die halbe Wahrheit kennt, sieht den US-Präsidenten als Friedensengel oder vielleicht auch als verantwortungslosen Gesellen, der die armen Frauen in Afghanistan im Stich läßt und den Krieg anheizt.

Wer die ganze Wahrheit kennt, merkt, daß die Ankündigung Bidens den Krieg in Afghanistan antreibt. Und womöglich eine Situation schafft, die gebraucht wird, um den Aufenthalt von US- und NATO-Truppen auch über den 11. September 2021 hinaus zu rechtfertigen.

GERD MARKMANN

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 21. April 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. Mai 2021.